

# Landeshauptstadt Magdeburg

Stadtplanungsamt Magdeburg



## Magdeburgs Aufbruch in die Moderne

Magdeburger Kommunalpolitik vom Ausgang  
des ersten Weltkrieges bis zum Beginn der NS-Diktatur

Manfred Wille



39 II

1995

## Stadtplanungsamt Magdeburg

Hans-Reinhard Adler  
Christa Anger  
Peter Anger  
Birgit Arend  
Heidrun Bartel  
Roswitha Baumgart  
Monika Bohnert  
Sylvia Böttger  
Wolfgang Buchholz  
Klaus Danneberg  
Renate Dilz  
Wilma Ebeling  
Gabriele Eschholz  
Klaus Eschke  
Jutta Fittkau  
Hannelore Friedrich  
Peter Görke  
Hans Gottschalk  
Margot Gottschalk  
Gabriele Grickscheit  
Marlies Grunert  
Andrea Hartkopf  
Hans Heinecke  
Anette Heinicke  
Sabine Hlous  
Heinrich Höltje  
Wilfried Hoffmann  
Gudrun Hunger  
Wolfgang Jäger  
Heinz Jasniak  
Heinz Karl  
Krista Kinkeldey  
Dr. Karin Kirsch  
Hannelore Kirstein  
Jutta Klose  
Helga Körner  
Brigitte Koch  
Dr. Günter Korbelt  
Christa Kummer  
Peter Krämer  
Thomas Lemm  
Gisela Lenze  
Marlies Lochau  
Bernd Martin  
Konrad Meng  
Helmut Menzel  
Angelika Meyer  
Heike Moreth  
Bernd Niebur  
Doris Nikoll  
Corina Nürnberg  
Heinz-Joachim Olbricht  
Dr. Carola Perlich  
Dr. Eckhart W. Peters  
Dirk Polzin  
Liane Radike  
Jörg Rehbaum  
Karin Richter  
Dirk Rock  
Jens Rückriem  
Karin Schadenberg  
Jutta Scheibe  
Hannelore Schettler  
Günter Schöne  
Monika Schubert  
Helga Schröter  
Klaus Schulz  
Hans Joachim Schulze  
Hannelore Seeger  
Rudi Sendt  
Siegfried Szabo  
Heike Thomale  
Judith Ulbricht  
Wolfgang Warnke  
Rolf Weinreich  
Astrid Wende  
Burkhardt Wrede-Pummerer  
Marietta Zimmermann

## Bisher erschienene Dokumentationen des Stadtplanungsamtes:

- 1/93 Strukturplan
- 2/93 Verkehrliches Leitbild
- 5/93 Sanierungsgebiet Buckau
- 5/93 Kurzfassung Stadtsanierung Magdeburg-Buckau
- 7/93 Workshop - Nördlicher Stadteingang -
- 8/93 Städtebaulicher Denkmalschutz
- 9/93 Radverkehrskonzeption
- 10/94 ÖPNV-Konzept
- 11/93 Workshop - Kaiserpfalz -
- 12/94 Kleingartenwesen der Stadt Magdeburg
- 13/94 Hermann-Beims-Siedlung
- 14/94 Siedlung Cracau
- 15/94 Städtebauliche Entwicklung 1990-1994
- 17/94 Schlachthofquartier
- 18/I/94 Napoleonische Siedlung
- 18/II/94 Baugeschichte Neue Neustadt
- 18/III/94 Baugeschichte Sudenburg
- 19/94 Anger-Siedlung
- 22/94 Curie-Siedlung
- 28/94 Bundesgartenschau 1998
- 29//94 Workshop - Siedlung 20er Jahre -
- 20/95 Bruno Taut in Magdeburg
- 31/I/95 Historische Parkanlagen
- 33/95 Magdeburger Märktekonzept
- 37/95 Siedlung Farmersleben
- 42/95 Buckau
- 43/I/95 Wohnungsbau im 3. Reich

Besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen des Stadtarchivs, die einen riesigen Fundus von Akten, Plänen und Fotos verwalteten. Die Aufbereitung von Teilen dieses Materials für Veröffentlichungen dieses Ausmaßes bedeutet für alle Beteiligten eine neue Herausforderung und hilft mit, den Bedarf an öffentlicher Information über Geschichte und Zukunft der Stadt zu stillen.



Umschlag gedruckt auf  
chlorfrei gebleichtem Papier  
Gedruckt auf Recycling-Papier

Titelfoto: Historische Zeichnung der Stadthalle zu Magdeburg aus  
dem Buch „Die rote Stadt im roten Land“

---

# Landeshauptstadt Magdeburg

Stadtplanungsamt Magdeburg

## Magdeburgs Aufbruch in die Moderne

Magdeburger Kommunalpolitik vom  
Ausgang des ersten Weltkrieges bis  
zum Beginn der NS-Diktatur

Manfred Wille



GRUSSWORT	3
VORWORT	4
MAGDEBURGS AUFBRUCH IN DIE MODERNE	11
KRIEGSNIEDERLAGE UND DIE UNMITTELBAREN FOLGEN	12
HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE NEUEN STÄDTISCHEN KÖRPERSCHAFTEN	20
DIE KOMMUNE UND IHRE BÜRGER VOR DEM FINANZIELLEN KOLLAPS	26
ZUNEHMENDE POLITISCHE POLARISATION UND RECHTSRUCK	30
KOMMUNALE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DEN SCHRITT IN DIE MODERNE	32
NEUES BAUEN UND DAS BEMÜHEN UM EIN ZUKUNFTSWEISENDES GEMEINWESEN	37
EINZUG DES TECHNISCHEN FORTSCHRITTS UND DRÄNGENDE KOMMUNALE FRAGEN	46
GEISTIG-KULTURELLES LEBEN, SCHUL- UND BILDUNGSWESEN	60
GESELLIGKEIT, FREIZEIT UND SPORT	70
AUF DEM WEG ZUR METROPOLE MITTELDEUTSCHLANDS?	77
VERGEBLICHER WIDERSTAND GEGEN DAS HINEINGLEITEN IN DIE KRISE	87
DAS ENDE VON DEMOKRATIE UND KOMMUNALER EIGENSTÄNDIGKEIT	96
ANMERKUNGEN	107

## Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

gemessen an der fast 1200jährigen Geschichte unserer Stadt beschreibt die vorliegende Broschüre eine verschwindend kurze Etappe der Entwicklung Magdeburgs. Vor diesem Hintergrund ist es überaus beeindruckend, was in den Jahren der Weimarer Republik geleistet wurde.

Zur Not und Verzweiflung, die der verlorene Erste Weltkrieg auch in Magdeburg hinterlassen hatte, mußte die Stadt weiterhin mit den Hinterlassenschaften der preußischen Monarchie ringen. Zwar hatten Industrialisierung und Modernisierung der Landwirtschaft Magdeburg im 19. Jahrhundert zu einer stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung verholfen. Doch die Folgen der langen Festungszeit waren längst nicht überwunden.

Linderung der extremen Wohnungsnot, Schaffung neuer Industrieansiedlungen und Erneuerung der Trinkwasserversorgung hießen die Schwerpunktaufgaben für die junge Demokratie. Der Magistrat unter Führung seines sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Hermann Beims ging diese Herausforderungen energisch an. In Rothensee entstanden moderne Industrieanlagen, auf der Rotehorninsel Stadthalle und Ausstellungsgelände, der Bau des Mittellandkanals beförderte Schiffsverkehr und Handel, und 1930 konnte - trotz Weltwirtschaftskrise - die Wasserversorgung aus der Colbitz-Letzlinger Heide beginnen.

Binnen weniger Jahre schaffte die einstige Festung den Schritt in die Moderne und erlebte zudem eine einmalige kulturelle Blüte: Magdeburg war Stadt des Neuen Bauens und Treff der Künstlervereinigung „Die Kugel“, lud 1927 zur Deutschen Theaterausstellung, und mit rund drei Dutzend Filmtheatern galt Magdeburg als die Kinostadt Mitteldeutschlands.

Was in der historisch kurzen Epoche zwischen 1919 und 1933 vollendet oder begonnen wurde, ist bis heute ganz unverwechselbar ein Stück Magdeburg. Deshalb begrüße ich es, daß die vorliegende Broschüre die Kommunalgeschichte während der Weimarer Republik schildert. Die Darstellung ist nicht nur ein bedeutender Beitrag zur Aufarbeitung unserer Stadtbaugeschichte, sondern befördert zugleich ein differenzierteres Bild von einer Zeit, über die vor allem jüngere Generationen recht wenig wissen. Ich wünsche der Dokumentation zur „Kommunalgeschichte der Stadt Magdeburg während der Weimarer Republik“ viele interessierte Leser.



Dr. Willi Polte

Oberbürgermeister

## Vorwort

Der Organismus Stadt ist nicht allein durch die Architektur und den Stadtgrundriß bestimmt, sondern das Zusammenspiel aller sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kräfte bestimmen die Vitalität der Stadt.

Die dynamischen Veränderungen in den neuen Bundesländern sind von einem energischen Druck politischer, sozialer und wirtschaftlicher Interessen bestimmt. Damit setzt eine Entwicklung ein, die oft neben den positiven Veränderungen mit dem Verlust der Eigenart bestimmter Städte - wie in den alten Bundesländern - verbunden ist. Das trifft nicht nur für das Zentrum Magdeburgs zu, sondern auch für die dörflichen Strukturen, für die Kulturlandschaften in den Stadtrandbereichen - im Weichbild der Stadt - mit einem hohen Anteil an natürlichen Landschaftsteilen. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Hier wiederholt sich heute ein Prozeß, der schon in den 20er Jahren zu einer erheblichen Veränderung der gesamten Stadt führte, jedoch nicht die Qualität erreichte.

Zu Beginn der Weimarer Republik ist Magdeburg wesentlich durch die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet. Die Auswirkungen des ersten Weltkrieges waren noch nicht überwunden.

Im 19. Jahrhundert, insbesondere in dessen zweiter Hälfte, führte die stürmische Industrialisierung in Magdeburg und seinen Vororten zu einem raschen Anstieg der Bevölkerungszahlen. Der Festungsstatus der Stadt ließ jedoch deren Flächenausdehnung kaum zu, was zu einer immer stärkeren Verdichtung innerhalb der Festung führte. Es entstand ein Konglomerat, das in seiner Dichte mit Berlin vergleichbar war und erst durch den Abbruch der alten Stadtmauern und den Bau des neuen Festungsgürtels 1870 neue Stadterweiterungen zuließ. Dazu gehört nach 1870 im südlichen Stadtgebiet (Südfront) der planmäßige Aufbau des Gebietes zwischen Dom und Hasselbachplatz. Dessen Ergebnis wurde in den 20er Jahren aus wohnungswirtschaftlicher Sicht als erschreckend eingeschätzt, der Widerspruch zwischen Fassadenpracht und der Enge der Hinterhöfe beklagt.

Weitere Stadterweiterungen (1888 an der Nordfront) und insbesondere die neue Bauordnung von 1906 brachten Verbesserungen im Wohnungswesen:

- ein maximales Verhältnis von Gebäudehöhe zu Straßenbreite
- Mindestbelichtung
- Stockwerksbegrenzung

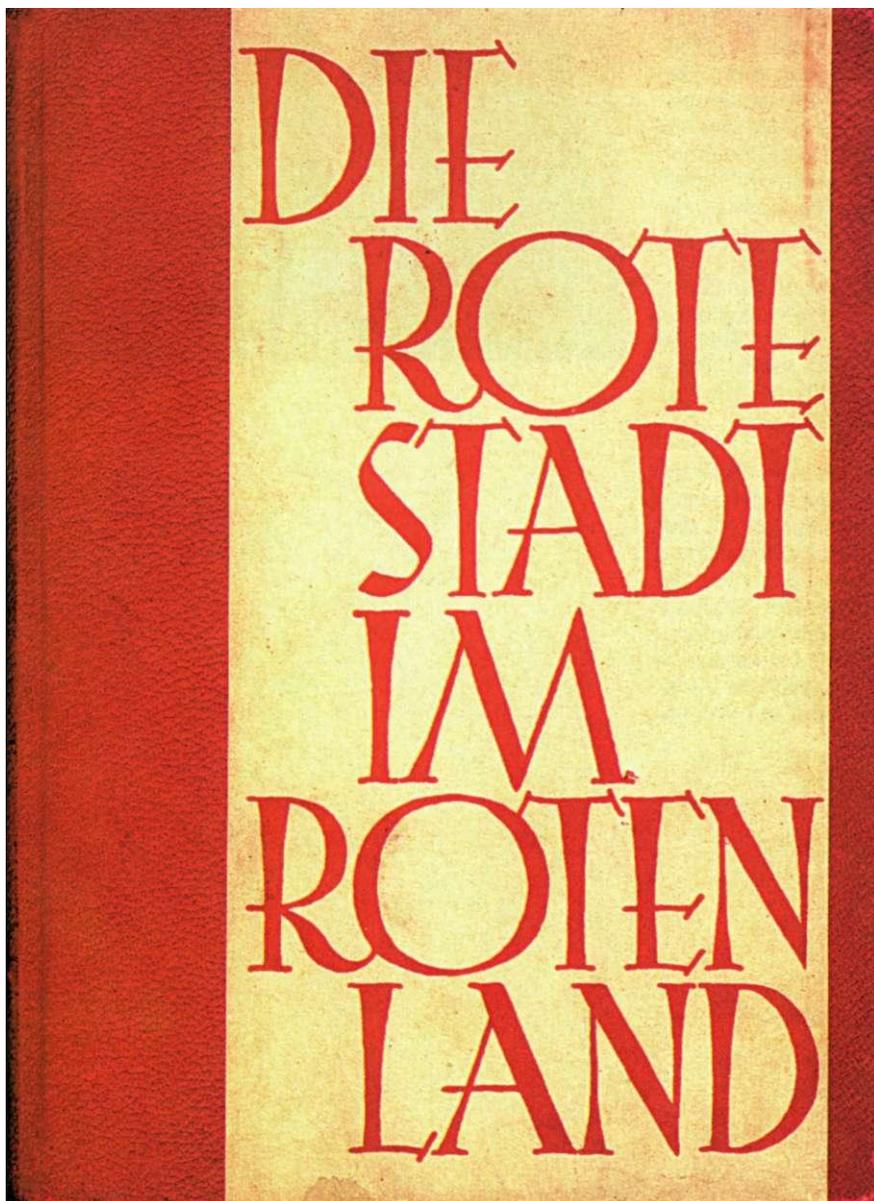
Seiten- und Hinterhäuser blieben jedoch nach wie vor.

Eingemeindung der Vororte und Aufhebung der Festung und des Schußfeldes ließen die Stadt zu einem kompakteren Baugebiet zusammenwachsen.

Im Zuge der Industrialisierung und Verstädterung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts hatten sich für große Teile der Bevölkerung katastrophale Wohnverhältnisse ergeben. Eine leichte Tendenz zur Besserung ergab sich etwa ab 1900. Der 1. Weltkrieg jedoch setzte dieser Entwicklung ein abruptes Ende, die Wohnungssituation verschärfte sich zusehends, so daß am Ende des Krieges die Wohnungsnot vor allem in den deutschen Großstädten katastrophale Ausmaße annahm. Die Gründe hierfür waren insbesondere folgende:

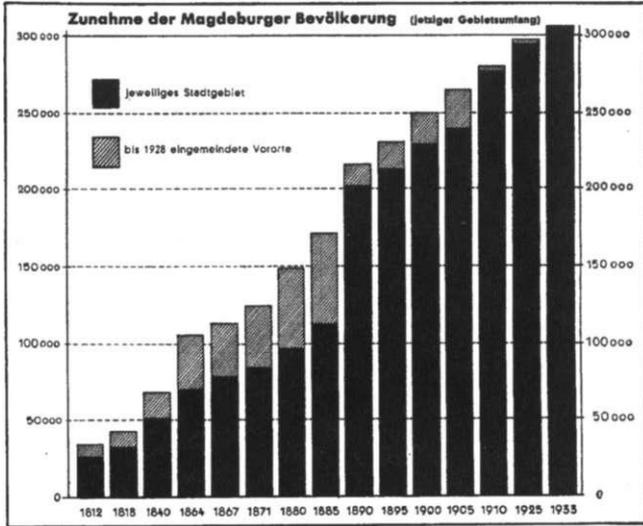
- In den Kriegsjahren kam der Wohnungsbau völlig zum Erliegen.
- Die Wirtschaftskrise nach dem Kriege verhinderte Wohnungsbau, Kapital wurde in gewinnträchtigerer Industrie investiert.

*Sozialdemokratischer Parteitag in Magdeburg 1929: Ein Buch über das Werden und Wirken der Deutschen Sozialdemokratie in der Stadt Magdeburg und dem Bezirk Magdeburg-Anhalt*





Magdeburger Altstadt mit den Erweiterungen aus der Gründerzeit an der Süd- und Nordfront (bis 1945 geschlossen erhalten)



Aus: Statistisches Jahrbuch 1935

- Ansteigen der Bevölkerungszahl durch Flüchtlinge aus vom Reich abgetrennten Gebieten und durch den Trend der Landflucht bedingt durch den Wunsch nach Arbeit.

Zu all dem kam die Hypothek des bereits vor dem Kriege quantitativ und qualitativ völlig ungesättigten Wohnungsmarktes. Das Wohnungselend insbesondere in der Altstadt Magdeburgs erforderte dringend die Aussonderung von baulich und hygienisch unzumutbaren Wohnungen. Die Überbelegung der Woh-



Im Jahre 1923 — dem Höhepunkt der Inflation — gingen die Arbeiter mit „Rucksack oder Koffer“ zur Lohnzahlung, um die Berge wertlosen Papiergeldes verstauen zu können. Die Stundenlöhne schnellten in die Höhe, aber die Kaufkraft sank. Im Spätsommer 1923 verlor das Geld von Stunde zu Stunde an Wert. Obwohl die Arbeiter der R. Wolf AG unter Führung ihres Betriebsrates, dessen Mitglieder fast zu 50 Prozent der KPD angehörten, auf dem Höhepunkt der Inflation im Herbst 1923 die tägliche Lohnzahlung durchgesetzt hatten, konnten sie kaum etwas kaufen, weil die Mehrzahl der Geschäftsleute ihre Waren zurückhielt.

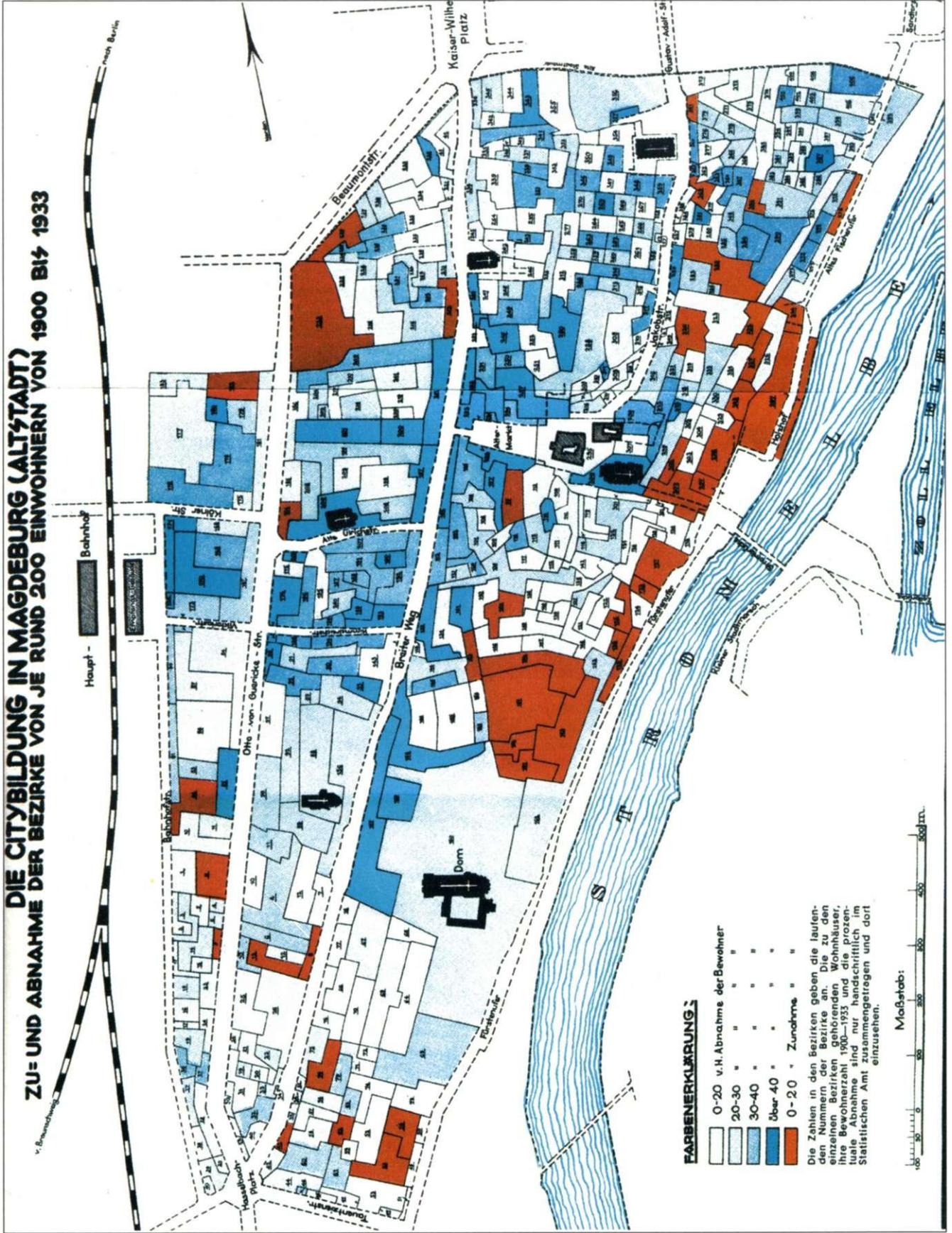
Entwicklung des Stundenlohnes des Kranführers August Brandt in den Jahren 1921 — 1923

Datum	Stundenlohnsatz in Mark
1. 9. 1921	3,20
10. 9. 1921	6,75
22. 4. 1922	14,30
1. 5. 1922	16,20
1. 8. 1922	24,75
12. 9. 1922	62,50
21. 10. 1922	108,50
11. 11. 1922	166,00
3. 12. 1922	216,00
17. 12. 1922	301,00
1. 1. 1923	371,00
16. 1. 1923	436,40
1. 2. 1923	777,50
15. 2. 1923	932,50
1. 3. 1923	1223,00
12. 3. 1923	1292,00
11. 5. 1923	1420,00
19. 5. 1923	1518,00
2. 6. 1923	2810,00
16. 6. 1923	5239,00
23. 6. 1923	5382,00
30. 6. 1923	10857,00
15. 7. 1923	19039,00
29. 7. 1923	81250,00
12. 8. 1923	528750,00
26. 8. 1923	1214500,00
9. 9. 1923	7102000,00
23. 9. 1923	25893000,00
7. 10. 1923	297514000,00
21. 10. 1923	6330500000,00

(aus: „Von der Alten Bude zum faschistischen Konzern“ Teil 1 1836-1945 Betriebsgeschichte der Stammwerte VEB Schwermaschinenbau „Karl Liebknecht“ Magdeburg, Magdeburg 1982 S. 55)

nungen, vor allem der Kleinwohnungen, machte eine erhebliche Erweiterung des Wohnungsbestandes erforderlich.

Die Verbesserung der Situation im Wohnungswesen wurde ein dringliches Problem. Gefördert durch die Ideen der Gartenstadtbewegung, die Baugenossenschaften, die Arbeiterbewegung und durch sozialdemokratische Auffassungen des



Plan der Bevölkerungsentwicklung aus dem Statistischen Jahrbuch 1935



damaligen Magistrats und des damaligen Oberbürgermeisters Hermann Beims wurden neue städtebauliche Ziele für Magdeburg entwickelt.

Ziel des sozialen Wohnungsbaues war es, für breite Kreise der Bevölkerung gesunde Wohnungen zu erschwinglichen Preisen bereitstellen zu können. Wohnungsbau sollte nicht am Gewinn der Wohnungseigentümer, sondern an den Bedürfnissen der Bewohner orientiert sein. Dazu war ein umfangreicher Wohnungsneubau erforderlich, der an Hygiene-Forderungen (Licht, Luft, Sonne), ausreichenden Wohnungsgrößen und an seiner Funktionserfüllung gemessen wurde. Mit beschränkten wirtschaftlichen Möglichkeiten mußten diese Forderungen gelöst werden.

Die Wirtschaftssituation nach dem 1. Weltkrieg erlaubte jedoch keine umfangreiche Bautätigkeit. Durch Umnutzungen und Notunterkünfte konnte die Wohnungssituation allenfalls minimal verbessert werden. So blieben bis zur wirtschaftlichen Konsolidierung die Überlegungen Theorie, an eine komplette Umsetzung innerhalb kurzer Zeit war nicht zu denken. Der wirtschaftliche Zusammenbruch erfolgte mit rasanter Geschwindigkeit und traf die Arbeiter in den Fabriken besonders hart. Notgeld und Hoffnungslosigkeit bestimmten das Bild der Bevölkerung.

Zu dieser Zeit entwickelte Bruno Taut den Generalsiedlungsplan von Magdeburg, der von seinem Kollegen Göderitz in den Jahren 1921 bis 1933 fortgeschrieben wurde. Magdeburg verfügte damit über einen qualitätvollen und weitsichtigen Handlungsrahmen für die städtebauliche Entwicklung. Im komplexen Herangehen an die Großstadtentwicklung mit einer Perspektive Magdeburgs als wirtschaftliches Zentrum des mitteldeutschen Raumes wurden die Schleifung der Festungsanlagen, die Eingemeindung von Vororten, die Grundsätze für die zukünftige städtebauliche Entwicklung und das Wachstum der Stadt, Verkehrs- und Wirtschaftsprobleme bearbeitet. Für den Wohnungsbau von Bedeutung sind die Trennung von Industriegebieten und Wohn- und Erholungsflächen, die vorgesehene Dezentralisation der Wohngebiete und die Schwerpunktsetzung des Wohnungsbaues im Westen, später auch im Osten der Stadt. Hygienische Bedingungen (Hauptwindrichtung, Durchgrünung) und die Wegebeziehungen zu anderen Stadtgebieten spielten eine wesentliche Rolle.

Auf der Grundlage der städtebaulichen Planung war es sowohl möglich, eine langfristige kommunale Bodenerwerbs- und -vorratspolitik zu betreiben als auch über Planung, Baulandvergabe, Wohnungsbauförderung und Genehmigungserteilung die Qualität des Wohnungsbaues positiv zu beeinflussen. Die Vergabe von Bauland erfolgte nicht mehr zu freiem Eigentum, sondern im Erbbaurecht, um den Einfluß der Stadt auf die Baugestaltung zu sichern und den Boden sowie die Neubauwohnungen der Spekulation zu entziehen. Es wurde erkannt, daß Boden keine Ware sein darf.

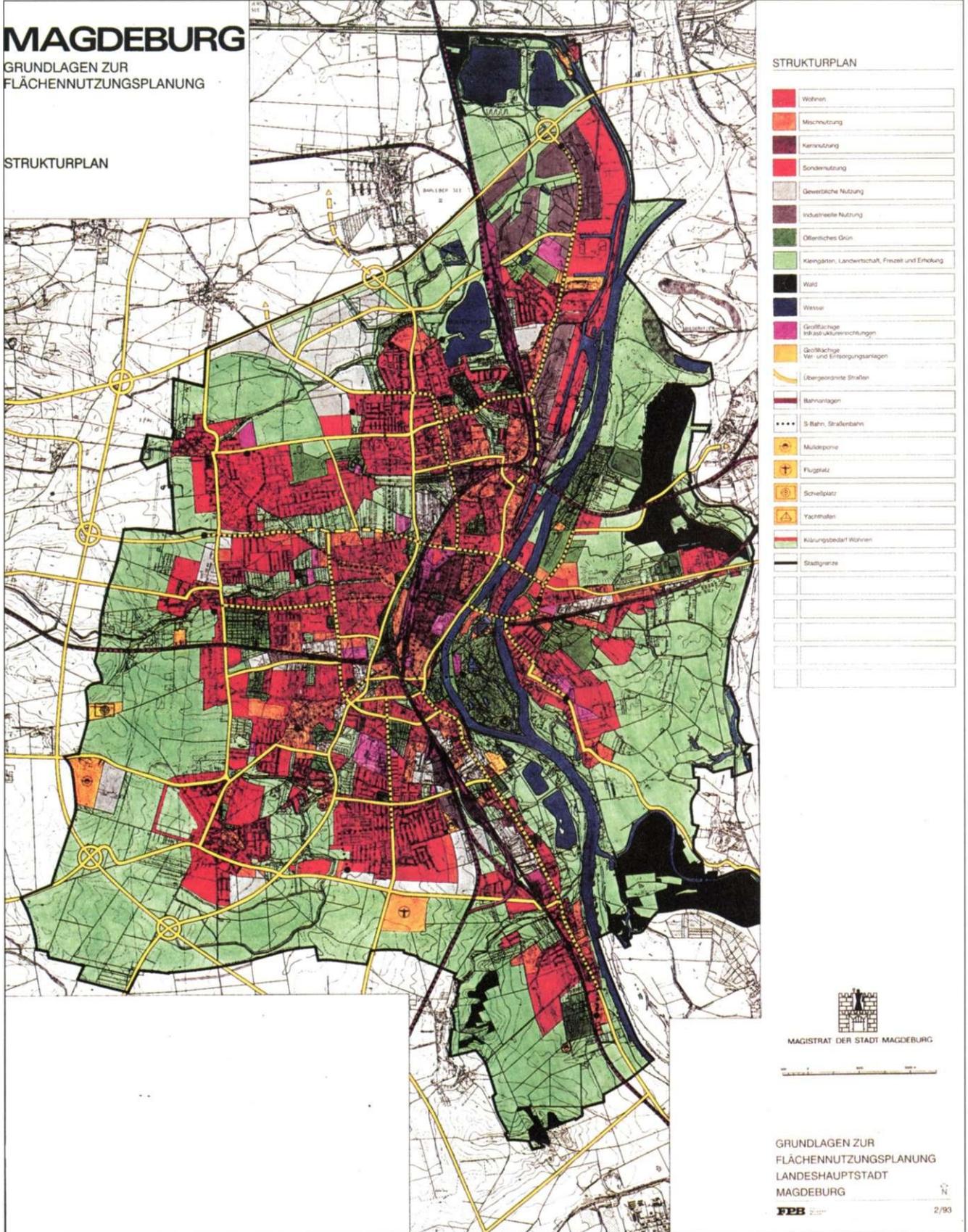


## Magdeburger Wohnungen

Jahre	Bewohnte Wohnungen	Leere Wohnungen	Wohnungen überhaupt	Bewohner der Wohnungen (ohne Anstalten und Schiffe)	Auf eine Wohnung entfallen Bewohner
1886	35 675	1014	36 689	150 666	4.23
1890	45 178	.	.	190 322	4.26
1895	48 996	2866	51 862	203 466	4.15
1900	53 797	417	54 214	219 573	4.08
1905	58 319	1879	60 198	228 989	3.93
1910	63 976	1415	65 728 <sup>1)</sup>	241 083	3.77 <sup>2)</sup>
1925	82 310	106	82 416	290 391	3.53

<sup>1)</sup> Einschließlich 337 Wohnungen mit vorübergehend abwesenden Bewohnern.

<sup>2)</sup> Ohne Rothensee, Südost, Lemsdorf, Cracau und Prester.



Strukturplan aus dem Jahr 1993

Der Wohnungsbau wurde in räumlich ausgedehnten Bauvorhaben zusammengefaßt. Hierdurch wurde eine günstige Aufschließung des Baugeländes ermöglicht, rationale Baumeethoden konnten eingesetzt werden. Nicht zuletzt konnte die Planung vereinfacht und die angestrebte architektonische Einheitlichkeit verwirklicht werden.

Magdeburg war in der günstigen Situation, auf mehrere große und bewährte Baugenossenschaften zurückgreifen zu können. Traditionen wurden fortgesetzt und weiterentwickelt. Durch die Arbeit der gemeinnützigen Bauvereinigungen konnte mit nur 16 Bauherren fast der gesamte Wohnungsbau realisiert werden. Eine große Rolle hierbei spielte der 1920 gegründete Verein für Kleinwohnungswesen, ein Zusammenschluß von zunächst 6 gemeinnützigen Bauvereinigungen unter Beteiligung der Stadt Magdeburg.

Die Leistungen der gemeinnützigen Bauvereinigungen verdeutlicht die Tatsache, daß in den Baujahren 1925/28 von den 5.476 errichteten Wohnungen allein 5.184 durch diese Bauvereinigungen erstellt wurden, während sich die restlichen auf die Stadt als Bauherren (60 WE), die Bauhütte (114) und die private Bautätigkeit sowie Einzelsiedler (118) aufteilten.

In den 20er Jahren wurde der Wohnungsbau in einem bisher nicht dagewesenen Ausmaß zur Aufgabe für Architekten und Stadtplaner. Für Magdeburg von wesentlicher Bedeutung war Bruno Taut, der drei Jahre lang als Stadtbaurat die Architekturauffassungen prägte. Im März 1921 übernahm der damals Vierzigjährige sein Amt in der Stadt Magdeburg, in der er vorher bereits tätig gewesen ist: als Architekt der Deutschen Gartenstadtgesellschaft verhalf er der Gartenstadt-Reform zu funktionell und gestalterisch überzeugenden Entwürfen für Reihenhäuser. Taut entwickelte eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, denn Stadtentwicklung und Bauen sollte die Sache aller werden. Er gab Publikationen heraus, schrieb und diskutierte in der Tagespresse, hielt Vorträge.

*„Meine Damen und Herren! Welche Regeln gibt es nun nach all diesem für die Aufstellung von Bebauungsplänen? Ist es die Himmelsrichtung der Straßen, ist es die absolute Befolgung der Höhenkurven? Gibt es nicht eine Formel, mit der man einem Schüler gewissermaßen sagen könnte: davon mußt du abgehen!*

*Man kann natürlich einen Bebauungsplan nicht allein als Plan, als Zeichnung erfinden; der Bebauungsplan ist auch immer plastisch gedacht. - Wählt man flache Dächer oder steile? Geht man farbig ins Zeug oder bleibt man dezent? Bevorzugt man lange Reihen oder kurze oder Doppelhäuser? Welches Prinzip gibt es da? - Ich bin der Meinung, es gibt keine Regel, so schön alle solche Regeln sind und so wissenschaftlich sie auch begründet sind. Es gibt keine Regel, von der man sagen kann: das ist das Prinzip!*

*Es ist immer sehr gefährlich, eine einzelne zum Prinzip zu erheben. >Principium< heißt Anfang. Ja, man kann davon ausgehen; aber dieses Prinzip bis zum Ende abzuhetzen, scheint mir doch außerordentlich gefährlich zu sein. Deshalb schließe ich mit dem römischen Sprichwort: Principiis obsta! (Wehre dich gegen Prinzipien!)“*

(aus: Speidel, Manfred: Bruno Taut Retrospective Nature und Fantasy, Tokio 1994, S. 20)

Taut war bemüht, für sein Bauamt einen Stamm befähigter und gleichgesinnter Mitarbeiter zu gewinnen. Diese setzten in der Zeit der Weimarer Republik sein Werk fort und konnten vieles von dem verwirklichen, was zu Tauts Zeiten Idee und Planung bleiben mußte. Die für den Wohnungs- und Siedlungsbau entscheidenden Architekten und Stadtplaner waren Johannes Göderitz, Carl Krayl, Konrad Rühl, Georg Gauger, Willy Zabel und Paul Wahlmann, nicht unerwähnt bleiben darf die fotografische Dokumentation dieser Epoche durch Xanti Schawinsky.

Die Siedlungen der 20er Jahre in Magdeburg, insbesondere die in den Formen des Neuen Bauens, setzten gestalterisch wie funktionell Maßstäbe im sozialen Wohnungsbau. Auf der Grundlage einer hohen Ästhetik wurden trotz wirtschaftlicher Beschränkungen gestalterische und soziale Ziele verfolgt und auch durchgesetzt:

- einfaches Gestalten in guten Proportionen
  - klares Gliedern städtebaulicher Räume
  - Betonen der Eigenart vorgefundener Situationen und damit individuelles Planen der Siedlungsform, der Straßen und Freiräume
  - Einsatz intensiver Farben, eine durchgehende komplexe Gestaltung
- und nicht zuletzt:
- der Mensch als Maßstab für die Größe der städtebaulichen Einheiten, der Gebäude und Räume.

Die politische Umsetzung der planerischen Idee erfolgte durch den Oberbürgermeister Hermann Beims und die Stadtverordnetenversammlung, die noch heute für Deutschland richtungweisenden Wohnungsbau beschlossen haben. Die bis heute vergleichbar positive Bewertung der Hermann-Beims-Siedlung aus der Sicht ihrer Bewohner dürfte auf die für ihre Zeit vorbildliche Lösung des Wohnungsbaues zurückzuführen sein. Die Qualitäten haben noch heute Bestand und begründen eine historische Kontinuität des Neuen Bauens in Magdeburg. Siedlung der 20er Jahre mit ihrer vor mehr als sechs Jahrzehnten errichteten Bausubstanz bedarf weiterer und intensiver Sanierung, die die Wiederherstellung ursprünglicher Qualitäten mit einer Anpassung an heutige Bedürfnisse verbindet, aber auch die Gefahr in sich bergen kann, Erhaltenswertes zu zerstören.

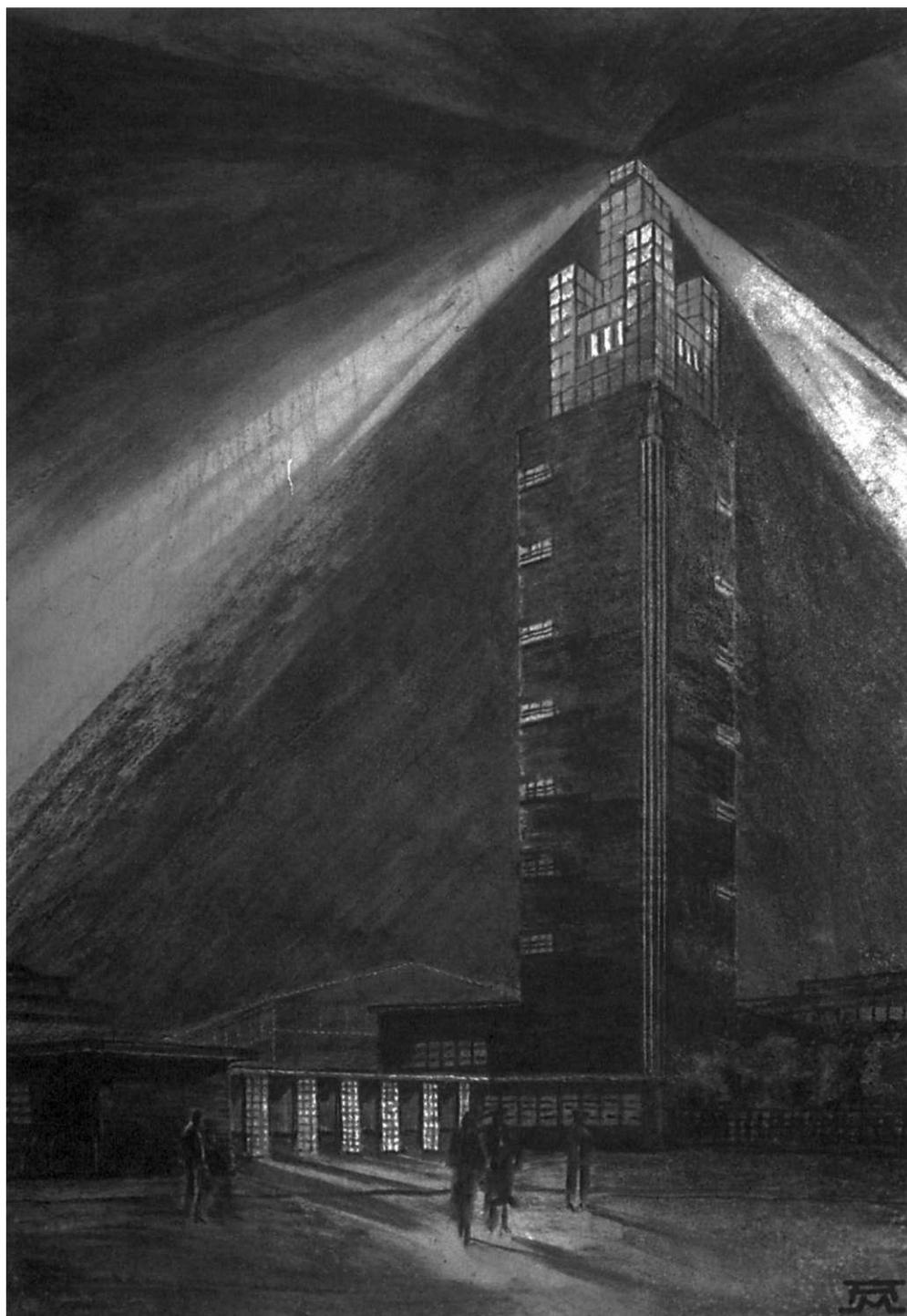
Neben den Städten Berlin, Frankfurt/Main, Hamburg und Stuttgart ist es vor allem Magdeburg, wo der soziale Wohnungsbau im wesentlichen vom Gedankengut des Neuen Bauens geprägt wird. Und - abgesehen von Frankfurt/Main und Berlin - sind die Siedlungen des Neuen Bauens wohl in keiner deutschen Stadt so stadtbildprägend und geschlossen wie in Magdeburg erhalten. Hinzu kommt, daß Magdeburg eine durchaus eigenständige Architekturentwicklung durchlaufen hat.

Heutiges Ziel ist es, den Bewohnern Magdeburgs die Augen für die besondere Qualität des Städtebaus der 20er Jahre zu öffnen, den Blick für die architektonischen Qualitäten zu schärfen und sie für den sorgsamsten Erhalt zu gewinnen. Wesentliche Stadterweiterungen des heute politisch beschlossenen Strukturplanes (1993) der Stadt Magdeburg dokumentieren die Gedanken und die ganzheitliche Betrachtung Bruno Tauts und Johannes Göderitz's. Der Generalsiedlungsplan von 1923 hat nichts an Aktualität verloren, im Gegenteil, er ist aktueller als je zuvor und muß jetzt im neuen Flächennutzungsplan der Stadt Magdeburg präzisiert werden.

Eckhart W. Peters  
Klaus Schulz

## MAGDEBURGS AUFBRUCH IN DIE MODERNE

Magdeburger Kommunalpolitik  
vom Ausgang des ersten Weltkrieges  
bis zum Beginn der NS-Diktatur



*Planungsskizze des Aus-  
sichtsturmes an der Stadt-  
halle von J. Gödelitz und  
W. Deifke (1927)*

## Kriegsniederlage und die unmittelbaren Folgen

Mitte 1918 stand Europa an der Schwelle zum fünften Kriegsjahr. Die Länge des Waffenganges, die hohen Blutopfer und die sich ständig verschlechternden Lebensverhältnisse hatten bei der Mehrheit der Deutschen an die Stelle der Euphorie des August 1914 längst Ernüchterung und Resignation treten lassen. Aber noch keimte die Hoffnung, der Krieg könnte in Kürze mit einem Sieg beendet werden. Der Balkenüberschrift im "Magdeburger Generalanzeiger" "Die Schlacht an der Marne zu unserem Gunsten entschieden" (19. Juli 1918) folgten in den kommenden Wochen weniger optimistische Verlautbarungen. Jedoch nur der aufmerksame, kritische Leser vermutete hinter Frontberichtsmeldungen auf den Titelseiten wie "Planmäßige Fortsetzung der großen Nachhutschlacht", "Feindliche Angriffe überall abgewiesen", "Lebhafte Vorfeldkämpfe vor den neuen Linien" die nun schnell aufziehende militärische Niederlage. Aber noch war der Optimismus der patriotischen Kreise im "Roten Magdeburg" groß. Weisungen und Aufrufen "von oben" folgend, wurden die letzten Reserven mobilisiert. Der "Vaterländische Sammel-Helferdienst" organisierte unter Einsatz der Lehrer und Schüler die "lückenlose Absuchung aller Haushaltungen" nach Abfall- und Rohstoffen für die Kriegs- und Volkswirtschaft.<sup>1</sup> Die Städtischen Bühnen veranstalteten am 17./18. August "Magdeburger Opfertage", deren Erlös den Soldaten zugute kam.<sup>2</sup> Im September erreichte die Kampagne zur Zeichnung der 9. Kriegsleihe ihren Höhepunkt. Die Bürger wurden mit sinnigen Parolen wie "Nicht sorgen und quälen, nicht die Feinde zählen - Tu entschlossen still, was die Stunde will! Zeichne die Neunte!" aufgerufen, die letzten Ersparnisse für die Fortführung der militärischen Auseinandersetzungen zur Verfügung zu stellen.<sup>3</sup>

Aber auch die Stadt selbst sollte Opfer bringen. So wies Ende Juli die "Metall-Mobilmachungsstelle" des Kriegsministeriums den Magistrat an, das Artilleriedenkmal (Friedrichstadt), das Siegesdenkmal (Neustadt) sowie die Standbilder von Kaiser Friedrich (vor Museum) und Otto von Guericke (neben Rathaus) zum Einschmelzen abzuliefern. Auch mußten bisher geschützte, als wertvoll eingestufte Glocken der Johannis- und der Heiligegeistkirche "zum Wohle des Vaterlandes" den Weg in den Schmelztiegel antreten.<sup>4</sup>

In all den Kriegsjahren schien ansonsten das Alltagsleben der Magdeburger - scheinbar unberührt von dem weit entfernten Waffenlärm - seinen gewohnten Gang zu nehmen. Die städtischen Körperschaften traten zusammen und trafen Entscheidungen, das geistig-kulturelle und gesellige Leben erfuhr nur wenige Einschränkungen, während die Soldaten an der Front fielen und ihre Todesanzeigen die Zeitungen füllten. So gab es Anfang Oktober 1918 im Schloß-Kaffee ein Nachmittagskonzert, das "Ballett Charell" gastierte im Fürstenhof-Prunksaal und im Viktoria-Theater wurde das Marinespiel "Klar zum Gefecht" aus der Taufe gehoben. Über die vom Magdeburger Kabarett im Kaffeehaus Hohenzollern veranstalteten Künstlerspiele lesen wir, es "wurde herzlich gelacht und gutem Wein zugesprochen."<sup>5</sup> Das städtische Leben und Treiben im Spätsommer/Frühherbst 1918 wird sehr anschaulich im Anzeigenteil der Presse widergespiegelt. Vermögende Kriegerwitwen boten anständigen Bewerbern die "Einheirat" an, Herrschaften annoncierten nach "sauberen" Dienstmädchen, Cafes und Restaurants priesen ihren Service, Ölgemälde kamen zur Versteigerung, verblichene Zöpfe wurden zum "Auffärben"



Der Breite Weg vor dem Kriege

angenommen, "allererste Verkäuferinnen" und Lehrlinge gesucht.

Die scheinbare Normalität konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß im letzten Kriegsjahr die Erschwernisse für die Bürgerschaft, daß Hunger, Not und Elend der unteren Volksschichten spürbar zugenommen hatten. Der Verbrauch an Gas und Elektrizität blieb stark eingeschränkt, wurde ab 22.00 Uhr völlig unterbrochen. Petroleum stand nicht zur Verfügung. Mit den kürzer werdenden Tagen schlossen die Geschäfte um 16.00 Uhr. Die Lebensmittelrationen schrumpften und verteuerten sich. Der "Streckanteil" (Zusätze) im Brotmehl stieg ständig an. Ab Mitte August gab es jede dritte Woche weder Fleisch noch Wurst. Für das nicht sehr reichhaltige Angebot an Obst und Gemüse mußten auf den Wochenmärkten "die üblichen Kriegs-Preise" entrichtet werden.<sup>6</sup> Trotz des stark eingeschränkten Eisenbahnverkehrs fuhren die Hungernden aufs Land, um Kartoffeln zu holen. Die Behörden warnten vor "Hamsterei". Anfang August reagierte die Presse auf die vielen Klagen über den "Kaffee-Ersatz", der nach Petroleum schmecke und ungenießbar sei.<sup>7</sup> Ratschläge, wie man die knappen Lebensmittel "strecken" und "brauchbaren Kriegstabak" herstellen könne, fanden immer weniger Gehör. Unter der Oberfläche begann es zu gären. Kriegsmüdigkeit und Unzufriedenheit griffen mehr und mehr um sich.

"Vaterländisch" Eingestellte und die in der Elbestadt angesiedelten Militärbehörden versuchten "fünf vor zwölf die Mutlosen und Zaghafte aufzurichten. Vor allem sollten aufkommende Gerüchte entkräftet werden. So wurde Front gegen die Flüsterpropaganda gemacht, Hunderttausende Soldaten seien zum Feind übergelaufen und der militärische Zusammenbruch stünde unmittelbar bevor.<sup>8</sup> Als bössartige Erfindungen bezeichnete die Presse die vielfach geäußerte Sorge, alle auf Banken und Sparkassen hinterlegten Gelder würden für die Kriegsanleihe beschlagnahmt werden.<sup>9</sup> Angeblich entrü-



*Teilansicht des Breite Wegs*

steten sich die Frontsoldaten über die "Jammerbriefe aus der Heimat", die den Gegner zur Weiterführung des Krieges anspornten. Anfang Oktober referierte ein Offizier des Generalkommandos im Stadttheater zum Thema "Was die Front von der Heimat erwartet". Er forderte, "unserem Heer den Rücken zu stärken".<sup>10</sup> Das versuchten auch "patriotische Kreise" der Elbestadt, die am 6. Oktober mit einer Reihe vaterländischer Kundgebungen begannen. Ziel sollte es sein, zu beruhigen, über Gerüchte aufzuklären und "aufmuntern zur Tat, d. h. zur Erhaltung unseres teuren Vaterlandes alle Kräfte und Mittel anzuspannen".<sup>11</sup>

Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch die Würfel längst in die andere Richtung gefallen. Die Kriegsniederlage stand bevor. Die neue Reichsregierung des Prinzen Max von Baden und die angekündigte "Parlamentarisierung" sollten die Wogen glätten und die drohende Revolution verhindern.<sup>12</sup> Ein Bündel von Maßnahmen zielte darauf, die Unzufriedenheit zu kanalisieren. So lockerte das Magdeburger Generalkommando Anfang Oktober die bei

Kriegsbeginn erlassenen einschränkenden Bestimmungen für das Vereins- und Versammlungswesen. Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch das liberale Bürgertum ergriff unverzüglich die Gelegenheit, um sich politisch zu Wort zu melden. Am 12. Oktober führte die Fortschrittliche Volkspartei im überfüllten Börsensaal der Handelskammer eine Versammlung durch, auf der ein Redner sagte, fortan sei die Demokratie berufen, die Steuerung des Reichsschiffes zu übernehmen.<sup>13</sup> Ende des Monats rief der Sozialdemokratische Verein die Elbestädter auf, an einer Kundgebung für Frieden und Freiheit teilzunehmen. Am 3. November, dem Tag des Ausbruchs der Revolution in Kiel, versammelten sich auf dem Festplatz am Adolf-Mittag-See 30.000 Menschen. Die in der Region und in der Stadt führenden Sozialdemokraten, Hermann Beims, Ernst Wittmaack und Otto Landsberg, rechneten, wie die



*Blick in die Kantstraße*



Titelseite der "Volksstimme" vom 9. November 1918

"Volksstimme" schrieb, "ab mit dem alten zusammenbrechenden System der Militär- und Polizeimacht und schilderten das neue Deutschland der Demokratie und Freiheit, wie es das werktätige Volk selbst gestalten soll." Von Beifallsstürmen unterbrochen wurden sofortiger Friede, Parlamentarisierung und demokratische Reformen verlangt.<sup>14</sup>

Die eigentliche Revolution - was man auch immer darunter zu verstehen vermag - reduzierte sich in Magdeburg auf eine mehrstündige Militärrevolte. Als der überforderte Bahnhofskommandant am 7. November einen Matrosen, der sich der Ausweiskontrolle widersetzt hatte, erschoss, griff die Erregung auf die Garnison über. Am anderen Morgen zogen zweihundert junge, meist unbewaffnete Kanoniere einer Genesenen-Einheit der Encke-Kaserne über die Sudenburg in das Stadtinnere. Ihnen schlossen sich weitere Soldaten und Zivilisten - vor allem viele Frauen und Mädchen - an. Die Revoltierenden erzwangen aus dem Justizpalast, den Militärgefängnissen und Kasernen die Freilassung arrestierter Kameraden und entwaffneten Offiziere. Gegen Mittag verschafften sie sich Zutritt zum Generalkommando des IV. Armeekorps. Da auch hier die Offiziere keinen Widerstand leisteten, verlief die gesamte Aktion ohne Blutvergießen.<sup>15</sup>

Um die Lage zu entspannen, ließen in Absprache mit den städtischen Körperschaften und dem Generalkommando die Mehrheitssozialisten (MSPD) und die unabhängigen Sozialdemokraten (USPD) in der Innenstadt - die von Menschen überflutet

war - Handzettel verteilen, auf denen zu einer Kundgebung um 15.00 Uhr aufgerufen wurde. Hier feierten die Redner mit den Versammelten - bereits einen Tag vor den Berliner Ereignissen - den Sturz des alten Regimes. Hermann Beims sagte: "Eine Weltenwende ist angebrochen, das alte Deutschland ist gestorben, ein neues richtet sich auf. Wir, das Volk, haben die Pflicht, das neue Deutschland aufzubauen."<sup>16</sup>

Die folgenden Tage verliefen ohne große Erschütterungen. Dem Aufruf auf Verzicht jeglicher Gewaltanwendung und zum Bewahren von Ruhe und Ordnung wurde sowohl an den Arbeitsstätten als auch in den Wohngebieten weitgehend nachgekommen. Dem Zeitgeist entsprechend entstanden Räte. Bereits nach der Kundgebung auf dem Domplatz war ein konstituierender Ausschuss zur Bildung eines Arbeiter-und-Soldatenrates zusammengesetzt. An seiner Spitze standen die Vorsitzenden der Ortsverbände der MSPD, Ernst Wittmaack, und der USPD, Alwin Brandes, sowie ein Vertreter der Soldaten.<sup>17</sup> Mit Offizieren des Generalkommandos, die "in Zivil" erschienen waren, verständigte man sich auf ein 15-Punkte-Programm, das vor allem auf die Erhaltung von Ruhe und Sicherheit abzielte. Der Arbeiter-und-Soldatenrat begriff sich als höchstes exekutives und legislatives Organ in der Elbestadt. Die von ihm gefaßten Beschlüsse veröffentlichte er in Form von Aufrufen. Um sich Autorität zu verschaffen, verfügte er den Aufbau eines Wachregimentes. Dasselbe war militärisch organisiert. Es bestand aus drei Bataillonen mit 3.300 Mann, in erster Linie aus dem Felde zurückgekehrte und demobilisierte Soldaten. Die Angehörigen des Wachregimentes patrouillierten durch die Straßen und übernahmen den Schutz staatlicher, städtischer und privater Gebäude.<sup>18</sup>

Auch das Bürgertum stellte sich nach dem Sturz der Monarchie schnell auf die neuen politischen Gegebenheiten ein. Der Meinung des wirtschaftlich starken und selbstbewußten Mittelstandes Ausdruck gebend, hatte der Vorsitzende des "Wahlvereins Magdeburg der Fortschrittlichen Volkspartei", Oskar Böer, auf einer Versammlung geraten, sich nicht "dem rollenden Rade der Zeit blind entgegenzustemmen", sondern auf die Neugestaltung der Gesellschaft tatkräftigen Einfluß zu nehmen und die Verhältnisse in die richtigen Bahnen zu lenken.<sup>19</sup> Der Initiative des Ortsvereins der Nationalliberalen Partei folgend, verständigten sich bürgerliche Kreise auf eine überparteiliche Interessenvertretung. Am 13. November wurde im "Weißen Bär" ein Bürgerrat aus der Taufe gehoben. Den Vorsitz übernahm der nationalliberale Stadtverordnete und Fabrikant Miller. In einem am 16. November veröffentlichten Aufruf bekundete der Bürgerrat seine Bereitschaft, an der Bewahrung von Recht sowie der Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse mitwirken zu wollen. Dem Arbeiter-und-Soldatenrat wurde die Zusammenarbeit angeboten.<sup>20</sup> Bereits einen Tag später nahmen beide Räte Kontakt auf. Der Arbeiter-und-Soldatenrat erklärte sich sogar einverstanden, in seinem



Kaufmann Carl Miller

der Initiative des Ortsvereins der Nationalliberalen Partei folgend, verständigten sich bürgerliche Kreise auf eine überparteiliche Interessenvertretung. Am 13. November wurde im "Weißen Bär" ein Bürgerrat aus der Taufe gehoben. Den Vorsitz übernahm der nationalliberale Stadtverordnete und Fabrikant Miller. In einem am 16. November veröffentlichten Aufruf bekundete der Bürgerrat seine Bereitschaft, an der Bewahrung von Recht sowie der Wiederherstellung geordneter wirtschaftlicher Verhältnisse mitwirken zu wollen. Dem Arbeiter-und-Soldatenrat wurde die Zusammenarbeit angeboten.<sup>20</sup> Bereits einen Tag später nahmen beide Räte Kontakt auf. Der Arbeiter-und-Soldatenrat erklärte sich sogar einverstanden, in seinem

Gremium das Bürgertum - auf je 250 Mitglieder der bürgerlichen Parteien einen Vertreter - mitarbeiten zu lassen. Der so erweiterte "Große Arbeiter-und-Soldatenrat" führte am 9. Dezember in der Pauluskirche die erste Vollsitzung durch. Er bekannte sich in einer Entschließung zum Aufbau eines parlamentarisch-demokratischen Staatswesens und mahnte zur Ruhe, zu Ordnung und Pflichterfüllung.<sup>21</sup>

In Zusammenarbeit mit dem Magistrat und dem in der Stadt ansässigen Präsidenten des Regierungsbezirkes Magdeburg entstand auf Initiative des Bürgerrates eine Bürgerwehr, die ausgerüstet mit Gewehren des Militärdepots dem Polizeipräsidenten unterstellt wurde. Die 330 Mitglieder wurden den einzelnen Polizeirevieren als Verstärkung zugeteilt. Der nachts durchgeführte Streifendienst sollte in erster Linie das Leben und Eigentum der Bürger schützen.<sup>22</sup>

Bei dem großen Einfluß der Sozialdemokraten auf die Arbeitnehmer in der Stadt verstärkte das Bürgertum seine Bemühungen, die eigenen Ziele und Interessen noch besser zur Geltung zu bringen. Bereits im November wurde die Leitung des Bürgerrates erweitert. Ein gewählter Dreizehnerausschuß, in dem alle politischen Richtungen des Bürgertums präsent waren, löste Carl Miller als Alleinvorsitzenden ab. Gleichzeitig begannen erste Sondierungen für die Gründung neuer Parteien. So bekräftigten am 16. November die Teilnehmer einer Versammlung des Nationalliberalen Ortsvereins ihren Willen, mit der Fortschrittlichen Volkspartei eine Verschmelzung anzustreben, um die bedrohten Interessen des Bürgertums in einer großen liberalen politischen Vereinigung besser wahrnehmen zu können. Bereits fünf Tage später erzielten die Ortsvorstände beider Parteien grundsätzliche Übereinkunft zur Gründung eines Ortsvereins der Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Auf mehreren Versammlungen bekundete die übergroße Zahl der Mitglieder und Anhänger ihr Einverständnis. Maßgeblich an der Gründung der DDP in Magdeburg waren die Herren Miller, Böer, Kobelt, Nitschke, Manicke und die Frauen Schneidewin und Grube beteiligt.<sup>23</sup> Konservative Kreise des Bürgertums schlossen sich zum Jahresende zu einer Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei (DVP) zusammen. Auf der am 29. Dezember durchgeführten ersten öffentlichen Kundgebung klagte ein Redner, die Revolution habe "die Verwüstung unseres Geldes sowie Schwachheit und Angst im Bürgertum" gebracht.<sup>24</sup> Zu den prominentesten Mitgliedern des Ortsvereins der DVP zählten der Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Zehle, Fabrikant Seldte, Direktor Dr. Görnandt und Direktor Eye. Zur gleichen Zeit gründeten rechtskonservative bürgerlich-kleinbürgerliche Kreise eine Ortsvereinigung der Deutschnationalen Völkspartei (DNVP). An ihrer Spitze stand Prof. Konrad Meyer. Die politisch interessierten katholischen Bürger fanden sich in der Christlichen Volkspartei (Zentrum), die in Magdeburg von Justizrat Tournéau, Rektor Dietrich und Pastor Hentze geführt wurde, zusammen.



Stahlhelmführer Franz Seldte

# Ruhe und Ordnung!

Eine politische Umbildung ist im Gange.  
Alle Veränderungen können nur allmählich durchgeführt werden.  
Zunächst sind in allen größeren Orten des Reichsbaus Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. Als Vertreter des weitläufigen Volkes und der Soldaten bei Ausbildung der Militär- und Zivilgewalt sind diese

**den bestehenden Militär- und Zivilbehörden für die Fortführung der Militär- und Zivilverwaltung mitbestimmend und mitverantwortlich zur Seite getreten.**

Gemeinsame Aufgabe aller Zivil- und Militärbehörden und aller Arbeiter- und Soldatenräte ist

## ruhiges und festes Zusammenarbeiten

mit dem einen Ziel, Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.  
Alle Verordnungen über die Lebensmittel-Verförmung bleiben in Kraft.  
Jedermann hat an der Durchführung der Volks- und Heeres-Verförmung mitzuarbeiten, um das Volk vor Hungergefahr zu bewahren.  
**Strenge Selbstsücht** muß geübt werden. Die Nationalisierung der Lebensmittel muß beachtet werden. Keiner darf vom andern dulden, daß er durch strafbare Handlungen die Volksernährung gefährdet.  
Die Demobilisierung bringt große Mengen Soldaten in die Heimat zurück. Unterstützung jeder wertvollen Militär- und Zivilbehörden in ihrer pflichtmäßigen Fürsorge für Aufnahme, Verpflegung und Unterbringung derselben.  
Proviantämter, Lebensmittellager, Mühlen, Magazine, große Güter usw. müssen durch Stellung von Bürger- und Militärmächten vor Plünderung und Raub geschützt werden

**Volk und Heer können die jetzige schwere Zeit nur überwinden, wenn jedermann in Zivil und Uniform freiwillig streng seine Pflicht tut.**

Magdeburg, den 14. November 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Magdeburgs	Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.	Der Reichs. Komm. General des IV. N. R.
Grosche, Witzmann, Dinstuf.	H. H. Schulenburg	H. Werber, Generalleutnant

### Aufruf an die Magdeburger

In den Novembertagen wurde in der Garnisonsstadt Magdeburg der Grundstein für den Aufbau des bedeutendsten Wehrverbandes der Weimarer Republik gelegt. Erregt über die "Schweinnerei" der Revolution trafen sich am 13. des Monats der Hauptmann der Reserve und Fabrikbesitzer Franz Seldte mit seinen beiden Brüdern und Kameraden des Infanterieregimentes Nr. 66, um über die Bildung einer Organisation, die den aus dem Felde heimkehrenden, demobilisierten Soldaten eine Heimstatt geben sollte, zu beraten. Am ersten Weihnachtsfeiertag hob man in der "Harmonie" den Verband "Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918" offiziell aus der Taufe.<sup>25</sup> Die Vereinigung stellte sich das Ziel, den Geist der Front in die Heimat zu tragen, die Interessen der Soldaten zu vertreten und aktiv am Kampf gegen den Kommunismus-Bolschewismus teilzunehmen. Seit Sommer 1919 begann der Stahlhelm mit der Gründung von Ortsgruppen in ganz Deutschland. Am 16. Januar 1922 fand im Kristallpalast die Reichsgründungsfeier statt. Franz Seldte wurde der erste Bundesführer. Zwei Jahre später zählte der Stahlhelm bereits 100.000 Mitglieder. Er veranstaltete bis Mitte der zwanziger Jahre die jährlichen Treffen - Reichsfrontsoldatentage - in der Elbestadt.<sup>26</sup>

Seit Ende November 1918 widmete die Öffentlichkeit der bevorstehenden Rückkehr der Fronttruppen aus Frankreich und Belgien große Aufmerksamkeit. Es war beeindruckend, mit welcher Anteilnahme und Hoffnung die Magdeburger - quer durch alle sozialen Schichten - der Ankunft der heimischen Regimenter entgegenfieberten. Der Arbeiter-und-Soldatenrat



*Gedenkmünze anlässlich des sechsten Reichsfrontsoldatentages am 18. Januar 1925 in Magdeburg*

rief auf, zur Begrüßung der Heimkehrenden die Gebäude rot oder rot-grün (Magdeburger Stadtfarben) zu beflaggen. Bereits Ende November hatten die wichtigsten Straßen, geschmückt mit Tannengirlanden und Fähnchen, ein festliches Gewand angelegt. Tage zuvor bereits angekündigt, zog am Abend des 16. Dezember "unter schmetternder Marschmusik", mit Jubel und Blumen begrüßt, die erste Abteilung des Feldartillerie-Regimentes Nr. 4 "Encke" wieder in Magdeburg ein.<sup>27</sup> Ihm folgten wenige Tage später das Pionierbataillon Nr. 4 und die beiden Magdeburger Infanterie-Regimenter - in der lokalen Presse warmherzig "unsere 26er" und "unsere 66er" genannt.<sup>28</sup> So wurde einen Tag vor Heiligabend das Infanterieregiment Nr. 26 - über die Schönebecker Straße einmarschierend - mit Glockengeläut, Hurra-Rufen und Tücherschwenken begrüßt. Es "regnete Blumensträuße und Tannengrün" auf die Feldgrauen. Freigiebig steckte man ihnen Zigarren und Zigaretten zu.<sup>29</sup>

Die berechnete Freude über die Rückkehr der Soldaten, die Art und Weise ihrer Ankunft und der Empfang durch die Bevölkerung nährten ebenfalls in Magdeburg den verhängnisvollen Mythos von den unbesiegten Truppen, die nur durch ein Versagen des Hinterlandes die Waffen strecken mußten. Auch in der Großstadt am mittleren Lauf der Elbe fiel die Dolchstoßlegende auf fruchtbaren Boden. Wider besseres Wissen hatte hier bereits am 29. Dezember 1918 Franz Seldte auf einer Versammlung des Ortsvereins der DVP behauptet, die Soldaten hätten an der Front ihre Pflicht getan, jedoch habe die Propaganda der Feinde in der Heimat zu viele offene Ohren und Herzen gefunden, "so daß schließlich die Heimarmee [gemeint ist die Zivilbevölkerung M.W.] dem Feldheer in den Rücken gefallen sei".<sup>30</sup>



*Blick auf den nordöstlichen Teil der Altstadt*

Die städtischen Körperschaften - Magistrat und Stadtverordnetenversammlung - waren von den Wirrnissen im Herbst 1918 weitgehend unberührt geblieben. Bis auf die Tatsache, daß am 8. November für mehrere Stunden auf dem Rathaus die rote Fahne geweht hatte und in den folgenden Tagen und Wochen hin und wieder Mitglieder des Arbeiter-und-Soldatenrates vorsprachen, nahmen die Amtsgeschäfte ihren gewohnten Gang. Durch die Revolution gab es im Magistrat keinerlei personelle Veränderungen. Oberbürgermeister Reimarus, Bürgermeister Schmiedel und die Ratsherren übten wie gehabt ihre Tätigkeit aus. Das traf auch auf die Stadtverordnetenversammlung zu. So verlief die Beratung am 28. November nach Einschätzung einer Zeitung "trotz völlig veränderter Zustände in gewohnter Weise".<sup>31</sup>

Tatsächlich türmten sich jedoch vor den städtischen Körperschaften beträchtliche finanzielle und soziale Probleme auf, die ein unverzügliches Handeln verlangten. Kriegsende und Umschwung trafen Magdeburg in mehrfacher Hinsicht besonders hart. In den zurückliegenden vier Jahren war in der Metall- und Maschinenbauindustrie - die für das Wirtschaftsleben der Stadt zentrale Bedeutung hatte - entsprechend dem Hindenburg-Programm "die gesamte Produktion unter Anspannung aller Kräfte auf den Krieg" eingestellt gewesen.<sup>32</sup> An der Herstellung von Waffen und Munition verdienten nicht nur die Unternehmer und Aktionäre, sondern ebenfalls die Arbeiter und Angestellten, aber auch die Ladenbesitzer und Handwerker. Die Gewinne und höheren Löhne wirkten sich auf die Einlagen der Sparkasse aus, die sich allein in den letzten beiden Kriegsjahren nahezu verdoppelten. Aber auch in die Stadtkasse flössen mehr Steuereinnahmen. In den Haushaltsjahren 1917/18 konnten 4,2 Millionen Mark und 1918/19 2,8 Millionen Mark Überschuß erwirtschaftet werden.<sup>33</sup> Trotz mehrerer rückzahlender langfristiger Kredite schien die Kommune finanziell gesund dazustehen. Jedoch brachen nach dem Kriegsende bald um so schwerere Zeiten an. Die größten Sorgen bereiteten die Umstellung der Kriegs- auf Friedenswirtschaft, die Wiedereingliederung der aus dem Feld zurückkehrenden Soldaten sowie der zu erwartende Personalabbau in den Militärbehörden. Ohne die an der Front stehenden Regimenter waren bei einer Einwohnerzahl von 278.093 Personen im Dezember 1917 24.431 Militärangehörige registriert gewesen.<sup>34</sup>

Bereits im Sommer 1918 leitete der Reimarus-Magistrat Schritte ein, "um den Strom der zurückflutenden entlassenen Heeresangehörigen in geordnete Bahnen zu leiten und den Überschuß an Arbeitskräften" umzudirigieren. Am 30. Juli wurde beschlossen, in Zusammenarbeit mit den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen die bisher von den einzelnen Wirtschaftsbereichen selbständig durchgeführte Arbeitsvermittlung durch den "Ausbau zu einem Arbeitsamt auf eine breitere und zweckmäßigere Grundlage zu stellen".<sup>35</sup> Das so entstandene, wenige Monate später bereits personell bedeutend erweiterte - 300 Mitarbeiter - städtische Arbeitsamt war für die bevorstehenden Aufgaben bestens gerüstet. Am 18. Oktober 1918 fand auf Veranlassung des Magistrats eine Zusammenkunft mit Vertretern der Zivil- und Militärbehörden, der Industrie, des Handels, Handwerks und Gewerbes statt, auf der beraten wurde, wie die de-

*my Röntgen's*  
MAGDEBURG. Altmarkt



Der Alte Markt

mobilisierten Soldaten untergebracht, gepflegt und beschäftigt werden könnten.<sup>36</sup> Überlegungen, kurzfristig außerhalb der Maschinenbau-Industrie Arbeitsplätze zu schaffen, war nur ein bescheidender Erfolg beschieden. Beispielsweise konnten die Eisenbahnbetriebswerkstätten - auf die man große Hoffnungen gesetzt hatte - lediglich zusagen, höchstens dreihundert Arbeiter aufzunehmen.

Die einsetzende Rückkehr der Regimenter stellte bei der Größe der Magdeburger Garnison seit der Jahreswende 1918/19 das Demobilisierungsproblem mit ganzer Schärfe. So verlangten auf der bereits angeführten Stahlhelm-Zusammenkunft am 6. Januar über eintausend Militärangehörige in einer Entschließung von den Behörden, "weit mehr als bisher für die Interessen der heimkehrenden Frontsoldaten zu sorgen, insbesondere sie in ruhigen, sorgenfreien Posten, wie z. B. Wachregiment usw. anzustellen."<sup>37</sup>

Entsprechend den Bestimmungen des Reichsdemobilisierungsamtes begannen die Unternehmen und Behörden, weibliche Arbeiter und Angestellte zu entlassen, um Arbeitsplätze für die Soldaten zu schaffen. Diese Maßnahme traf Kriegerwitwen mit Kindern besonders hart. Bei dem allgemeinen Abbau in der personell aufgeblähten Rüstungsindu-

strie konnte in den ersten sechs Nachkriegsmonaten auch ein Teil der demobilisierten Soldaten nicht wieder eingestellt werden. Hatte es am 1. November 1918 in Magdeburg 107.952 Arbeitnehmer gegeben, so ging innerhalb von drei Monaten ihre Zahl auf 89.958 zurück. Dabei nahmen die 54.961 mit weiblichen Arbeitskräften besetzten Stellen um 20.798 ab, während die Anzahl der arbeitenden Männer von 52.991 leicht



Abschlussfahnenappell der entsprechend des Versailler Friedensvertrages zur Demobilisierung vorgesehenen Magdeburger Regimenter auf dem Domplatz (5.8. 1919)



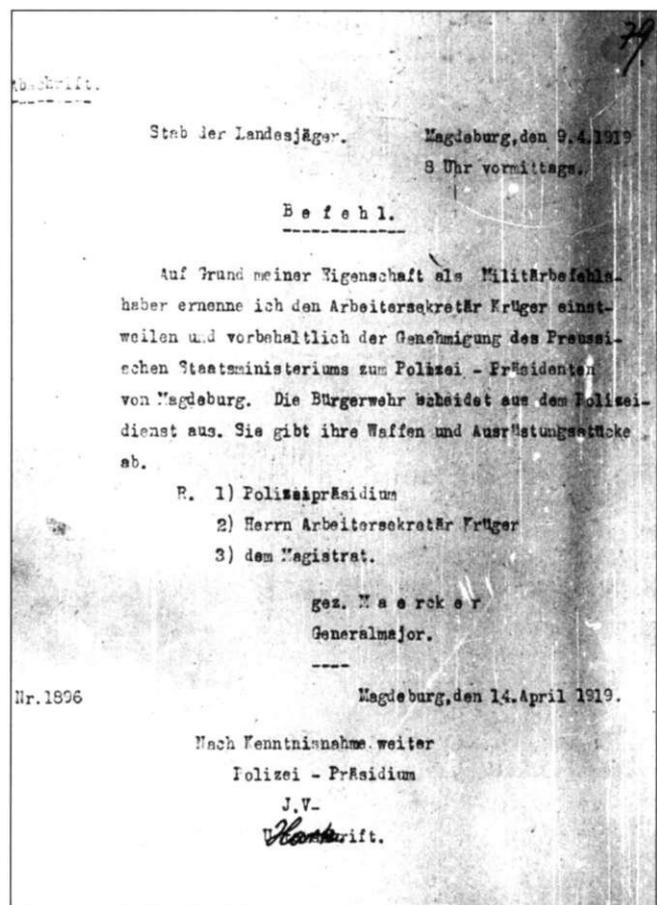
### Verkündung des Belagerungszustandes über Magdeburg

auf 55.795 anstieg. Die rückläufigen Beschäftigungszahlen konzentrierten sich vor allem auf die 26 größeren Betriebe der Metall- und Maschinenbauindustrie. Hier verringerten sich die Arbeitsplätze im oben genannten Zeitraum von 33.768 auf 18.607. Die Entlassungen trafen vor allem die Frauen. Hatten am 1. November 1918 11.437 weibliche Arbeitskräfte für sich und ihre Kinder Lohn und Brot gefunden, so waren es am 1. Februar 1919 noch 1.457 Frauen. Besonders drastisch zeigte sich der Beschäftigungsrückgang in den ehemaligen Rüstungsbetrieben. Im Kruppwerk mußten zwischen dem 1. November 1918 und dem 1. März 1919 von 7.609 männlichen Arbeitskräften 3.364, in der Munitionsfabrik Polte von 2.623 sogar 2.373 männliche Arbeiter entlassen werden.<sup>38</sup> Im Frühjahr 1919 war mehr als ein Drittel aller erwerbsfähigen männlichen Arbeiter Magdeburgs ohne Beschäftigung.<sup>39</sup>

War die Revolution an Magdeburg nahezu spurlos vorübergegangen, so ließen Arbeitslosigkeit und soziale Not der untersten Volksschichten sowie berufliche Existenzsorgen eines Teiles der Soldaten bald Unzufriedenheit um sich greifen. Während die große Mehrheit der Arbeiter und der in der Elbestadt stationierten Soldaten nach wie vor hinter der MSPD stand, nahm aufgrund der sich von Tag zu Tag weiter verschlechternden Lage die politische Radikalisierung einer Minderheit schnell zu. Beeinflusst von den Mitgliedern des Spartakusbundes glaubten die Unzufriedenen keine gesellschaftlichen Veränderungen feststellen zu können. Sie machten zunehmend Front gegen die Repräsentanten der Besitzenden und gegen die Führer der Mehrheitssozialisten in der Stadt und Region. Hatten auf Initiative der Krupp-Gruson-Werker am 26. November 5.000 Teilnehmer auf dem Domplatz gegen das Nachgeben des Arbeiter-und-Soldatenrates in der Flaggenfrage - bürgerliche Kreise wollten die heimkehrenden Soldaten mit den Farben der Monarchie begrüßen - protestiert, so verlangten am Jahresende Matrosen die bessere Wahrung ihrer Interessen durch den hiesigen Soldatenrat. Am 3. Januar 1919 kam es dann zum ersten Eklat. Von der Tribüne der Pauluskirche störten "Spartakisten" die zweite Vollsitzung des Arbeiter-und-Soldatenrates so, daß die Zusammenkunft abgebrochen werden mußte. Am Abend zog eine lange Kolonne "Stahlhelmer" durch die Innenstadt und demonstrierte, wie der Generalanzeiger schrieb, "gegen Liebknecht und die blutige Rosa". Es wurden Flugblätter "Das bolschewistische Tollhaus" verteilt.<sup>40</sup> Die politischen Fronten begannen sich seit den Januar tagen bedrohlich zu verhärten. Sie schlugen Anfang Februar in Gewalttätigkeiten und Plünderungen um. Am Abend des 3. Februar kam es zu einer Menschenansammlung auf

dem Alten Markt. Anschließend zogen 60 bis 80 Matrosen und Soldaten, die sich zuvor aus dem Waffenarsenal auf dem Kommandantenwerder Gewehre geholt hatten, zum Justizpalast und befreiten Gefangene. Danach plünderten sie in der Innenstadt Geschäfte. Wachregiment, Polizei und Bürgerwehr zeigten sich nicht in der Lage, die Ordnung herzustellen. Nachdem Warenhäuser und Geschäfte auf dem Breiten Weg auch in der folgenden Nacht von 300 Personen heimgesucht wurden, fielen, als Angehörige des Infanterie-Regimentes Nr. 66 und des Wachregimentes gegen die Randalierer vorgehen, Schüsse. Es gab 20 Verletzte. 41 Über die Stadt wurde der "Kleine Belagerungszustand" verhängt. Die Lokale und Vergnügungsstätten mußten ab 21.00 Uhr schließen. Es herrschte Ausgangsverbot.

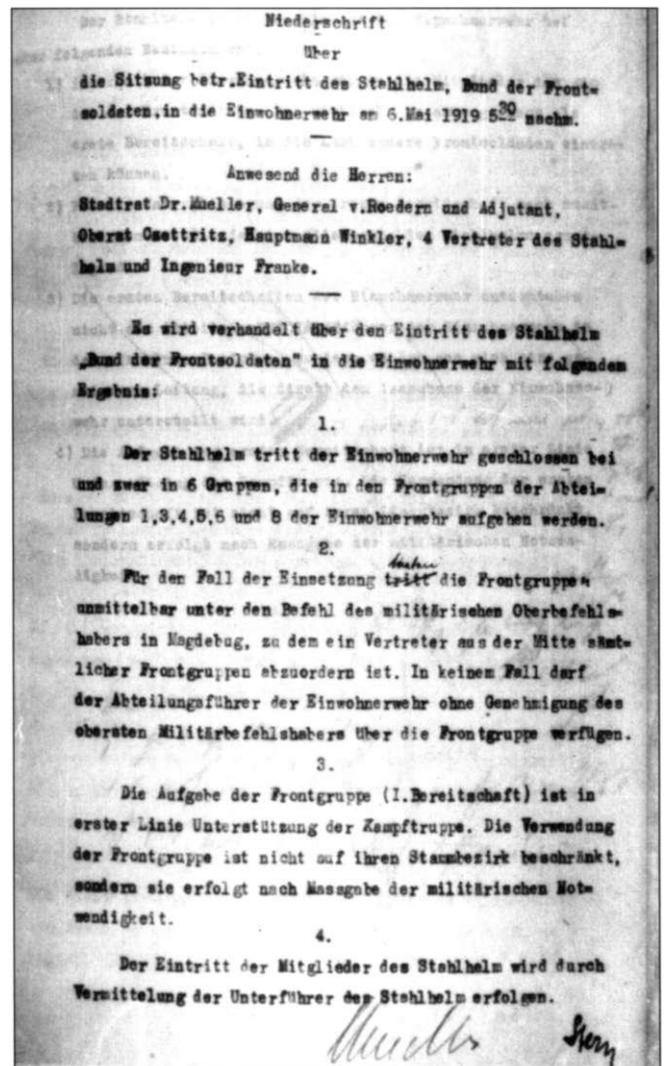
Konnten Unruhen und Krawalle bis zum Beginn des Frühjahrs 1919 immer wieder entschärft bzw. glimpflich beigelegt werden, so führten Falschmeldungen und Irritationen Anfang April eine Lage herbei, die in bewaffneten Auseinandersetzungen mit Toten und Verletzten, im Einmarsch von Regierungstruppen und in der Verhängung des Belagerungszustandes gipfelte. Auslöser war die Verhaftung des Vorsitzenden und zweier Mitglieder des Arbeiter-und-Soldatenrates, weil sie angeblich eine Revolte geplant hätten. Alwin Brandes, der auch dem Ortsverband der USPD vorstand, und seine beiden Begleiter wurden nach Berlin gebracht. Die unabhängigen Sozialdemokraten riefen daraufhin in der Stadt zum Generalstreik auf. Gleichzeitig setzten die aufgebrachten Soldaten der Garnison ihre Offiziere, darunter den kommandierenden General des IV. Armeekorps, von Kleist, fest.<sup>42</sup> Angehörige des Wach-



Generalmajor Maercker verfügt die Auflösung der Bürgerwehr

regimentes bemächtigten sich des Reichsjustizministers Otto Landsberg, der zufällig in Magdeburg weilte. In den Abendstunden des 7. April versuchten die Revoltierenden vergeblich, die Zitadelle zu erobern und sich in den Besitz von Waffen zu bringen. Bei Schießereien gab es Verletzte. Blutige Zusammenstöße in der Großen Münzstraße, die einen Toten und mehrere Verletzte forderten, leiteten für die Bürger eine Nacht voller Angst und Schrecken ein. Das Polizeipräsidium wurde sogar mit Maschinengewehren beschossen. Im Hafengelände und im Neuen Packhof plünderten die Unzufriedenen Lebensmittel.<sup>43</sup>

Am Morgen des 9. April rückte eine Abteilung Landesjäger in Magdeburg ein. Ihr Befehlshaber, Generalmajor Maercker, übernahm die Kommandogewalt in der Stadt und setzte den von der Preußischen Staatsregierung verhängten Belagerungszustand in der ganzen Region durch. Als am frühen Vormittag sich trotz des verkündeten Versammlungsverbotes zweibis dreitausend Menschen auf dem Domplatz einfanden und der Aufforderung der Landesjäger nach Auflösung nur zögernd nachkamen, ein "harter Kern" von mehreren hundert Personen am Ort verblieb, die Soldaten beschimpfte, fielen Schüsse. Auf dem Breiten Weg und in den anliegenden Straßen kam es zu Kämpfen. 10 Tote und 39 Schwerverletzte waren zu beklagen. Die Maercker-Soldaten besetzten die gesamte Stadt. Der Bahnhofsvorplatz glich, wie die "Magdeburgische Zeitung" schrieb, einem Feldlager.<sup>44</sup> Da die Bürgerwehr bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung versagt hatte, befahl der General deren sofortige Auflösung. Er übertrug zeitweilig den Offizieren des Freikorps Görlitz die Polizeigewalt, weil neben der unschlüssigen Polizei sich auch das Wachregiment wegen ungeklärter Besoldungsfragen und Kompetenzunklarheiten als nicht einsatzfähig erwiesen hatte. Am 11. April lud Maercker die Repräsentanten "der Behörden und Berufskreise" in den Rathaussaal ein. In einer Rede, die mehrfach von zustimmendem Beifall unterbrochen wurde, verlangte er unnachsichtiges Vorgehen gegen alle Aufrührer und Plünderer sowie die Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Ein Gründungsausschuß - bestehend aus dem Oberbürgermeister, dem Polizeipräsidenten und dem Garnisonsältesten - sollte eine Einwohnerwehr ins Leben rufen. Deren Angehörige mußten parteilose, regierungstreue und zuverlässige Männer aus allen Bevölkerungskreisen sein, "die Leben und Eigentum ihrer Familie schützen und die Stadt vor Plünderung, Mord, Anarchie und Hungersnot bewahren wollen...."<sup>45</sup> Die Einwohnerwehr, deren Unterhalt zum größten Teil aus Privat-



Auszug aus einem Verhandlungsprotokoll über den Eintritt der Stahlhelmer in die Einwohnerwehr

spenden bestritten wurde, verfügte bereits im Mai über 2.090 Angehörige. Bis zum Frühjahr 1920 stieg der Personalbestand - vor allem durch Angehörige des Stahlhelms und des in Auflösung befindlichen Wachregimentes - auf 5.000 Mann. Die acht Abteilungen (jede Abteilung zerfiel in die Untergruppen Frontsoldaten, Soldaten, Nichtgediente) waren mit Gewehren ausgerüstet. An ihrer Spitze standen Fabrikbesitzer, Bankiers, Rechtsanwälte, Kaufleute. Die Gebäude der Behörden, die Reichsbank und die Eisenbahndirektion wurden ständig bewacht. Besonderen Schutz genossen die Außenbezirke Rothensee, Südost, Gartenstadt-Hopfgarten und die Villensiedlung Herrenkrug. Nächtliche Patrouillen im Stadtgebiet sollten Einbrüche und Plünderungen verhindern. Lobend stellte der Verwaltungsbericht des Magistrats fest: "Ihrem [die Einwohnerwehr M.W.] kraftvollen Auftreten in den Zeiten der Unruhen ist es zu danken, daß Magdeburg vor Blutvergießen, Raub und Plünderungen bewahrt geblieben ist."<sup>46</sup>

**I**ch erkläre hierdurch meinen Beitritt zur Magdeburger Einwohnerwehr unter den Bedingungen des Aufrufs und gegen 4wöchige Kündigung. Ich verpflichte mich, freiwillig auf Aufforderung mich pünktlich an der mir bekanntgegebenen Stelle einzufinden. Ich verspreche auf Ehre und Gewissen, den rechtmäßigen Befehlen meiner Führer unbedingte Folge zu leisten, die mir zum Zwecke meiner Dienstverrichtungen übergebenen Waffen nur zum Schutze des Lebens und des Eigentums der Bewohner von Magdeburg zu gebrauchen und sie nach beendetem Dienste wieder abzuliefern.

Magdeburg, den 30. April 1919.

Beitrittserklärung zur Einwohnerwehr



Fliegerbild (vom 11. März 1931)

## Herausforderungen für die neuen städtischen Körperschaften

In den unruhigen Monaten des Jahres 1919 fielen gleichzeitig Entscheidungen, die für die Entwicklung Magdeburgs in den zwanziger Jahren von großer Bedeutung sein sollten. Anfang März wurden erstmalig die Stadtverordneten nach dem neuen demokratischen Wahlrecht der Republik gewählt. Der bisher entsprechend den Bestimmungen der Preußischen Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen gültige Modus, der die wahlberechtigten männlichen Bürger nach der Höhe der gezahlten Einkommenssteuer in drei Gruppen einteilte, die jeweils ein Drittel der Stadtverordneten zu wählen hatten, gehörte nun endgültig der Vergangenheit an. Fortan bestimmte der gleiche, uneingeschränkte Wählerwille die politischen Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung. Während die SPD vor dem ersten Weltkrieg bei den auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes durchgeführten Reichstagswahlen in Magdeburg klar die Mehrheit der Stimmen erhielt, stellte sie 1908 in der nach dem preußischen Dreiklassenwahlrecht ermittelten Stadtverordnetenversammlung von 65 Abgeordneten lediglich 8 Mandatsträger.<sup>47</sup>

Nach den Wahlen zur Nationalversammlung (19. Januar) und zum Preußischen Landtag (26. Januar) wurden die Magde-

burger am 2. März zum dritten Mal in dem jungen Jahr 1919 zur Stimmabgabe aufgerufen. Eine gewisse Wahlmüdigkeit hatte sich eingestellt. Von den 188.339 Wahlberechtigten gingen nur 68,14 Prozent an die Urnen.

Ergebnis der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung am 2. März 1919\*

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	67.617	52,77
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)	9.580	7,47
Deutsche Demokratische Partei (DDP)	38.656	30,16
Deutsche Volkspolizei (DVP)/ Deutschnationale Volkspartei (DNVP)	9.095	7,10
Zentrum	2.941	2,30

Den politischen Kräften, die sich eindeutig zu der jungen Republik bekannten (SPD, DDP, teilweise USPD), war mit der Wahl ein klares Votum erteilt worden. Trotz der absoluten Mehrheit für die Sozialdemokraten fällt im Vergleich mit der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar der Verlust von über 35.500 Stimmen ins Auge. Die Radikalen von rechts und links blieben chancenlos. Die Kommunisten hatten sich erst gar nicht beteiligt.

Die 81 Stadtverordnetensitze verteilten sich wie folgt: 44 SPD, 25 DDP, 6 USPD, 6 DVP/DNVP. Und ein weiteres Novum hatte die Märzwahl gebracht. Erstmals durften bei einer Kommunalwahl in Preußen Frauen wählen bzw. gewählt werden. So nahmen am 12. März fünf Frauen in der Stadtverordnetenversammlung Platz. Treffend, aber auch wehmütig, schrieb die "Magdeburgische Zeitung": "... und die ehrwürdigen Bilder der ehemaligen Stadtoberhäupter an den Wänden (des Rathaussaales, M.W.) ringsum mochten recht erstaunte Blicke auf diese Versammlung werfen, in der bis zur Stunde das Alleinrecht des Mannes gewaltet hatte."<sup>49</sup>

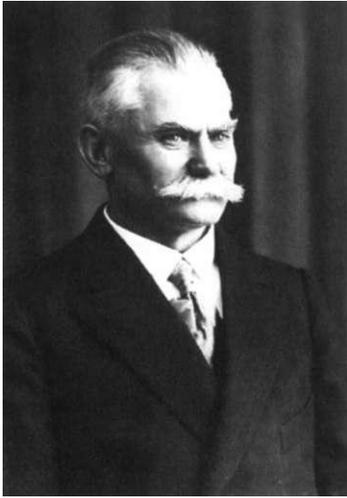
Anfang 1919 bahnte sich ein Wechsel an der Spitze des Magistrats an. Aufgrund seines angegriffenen Gesundheitszustandes äußerte Oberbürgermeister Reimarus den Wunsch, in den Ruhestand treten zu dürfen. Zu dem doch plötzlich gefaßten Entschluß des 75jährigen hatten sowohl der sich in der Stadt immer mehr auftürmende soziale Konfliktstoff als auch die seit November des zurückliegenden Jahres völlig veränderten politischen Mehrheitsverhältnisse maßgeblich beigetragen. Unmittelbarer Anlaß war jedoch, daß der Oberbürgermeister es unterlassen hatte, an einem kalten Dezemberabend ein aus dem Feld zurückkehrendes Magdeburger Regiment auf dem Domplatz zu begrüßen, obwohl die Herren des Magistrats und die Abgeordneten vom Stadtverordnetenvorsteher Schneidewin aufgefordert worden waren, in "schwarzem Anzug und mit hohem Hut" zum Empfang der Soldaten zu erscheinen.<sup>50</sup> Den "vaterländisch gesinnten Kreisen" war diese Vorfälle Anlaß genug, den über vier Jahrzehnte als Ratscherr, Bürgermeister und Oberbürgermeister (seit 1910) zum Wohle der Stadt tätigen Reimarus zu attackieren, ja ihm den Rücktritt nahezu legen. In der bürgerlichen Presse erschienen entsprechende Beiträge.<sup>51</sup> Der "Magdeburger General-Anzeiger" drohte dem Stadtoberhaupt mit der Überschrift "Das muß anders werden."<sup>52</sup> Reimarus empfand es als brüskierend und verletzend, daß am 9. Januar die Stadtverordnetenversammlung - er hatte hier faktisch die Vertrauensfrage gestellt - sich zwar von den Artikelschreibern distanzierte, jedoch ein eindeutiges Votum für den ersten Mann des Magistrats umging. Damit war der Entschluß gefaßt. Oberbürgermeister Reimarus stellte zum 1. Mai 1919 sein Amt zur Verfügung.<sup>53</sup>

Seit Februar rückte die Nachfolgerfrage immer mehr in den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Überlegungen der einzelnen Parteien. Waren zunächst einige Kandidaten im Gespräch, so wurde schon bald nur noch der Name eines von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Mannes genannt - Hermann Beims. Derselbe war als Sekretär des Sozialdemokratischen Bezirksverbandes Magdeburg-Anhalt (seit 1906), als Stadtverordneter (Januar 1905 - Mai 1917) und als erster sozialdemokratischer Stadtrat (seit 1917) eine der bekanntesten Persönlichkeiten. Am 17. April 1919 verständigten sich die Stadtverordneten in einer nichtöffentlichen Sitzung auf Beims als zukünftigen Oberbürgermeister. Der eigentliche Wahllakt fand eine Woche später statt. Er brachte ein in der damaligen politisch zerrütteten und zerrissenen Zeit wohl einmaliges Ergebnis für das Oberhaupt einer deutschen Großstadt. Von 69 anwesenden Stadtverordneten beteiligten sich

68 an der Wahl. 58 votierten für Beims. 10 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ohne ein einziges "Nein" war Beims für zwölf Jahre bei einem Jahresgehalt von 25.000 Mark gewählt worden. Beeindruckend nicht nur das Ergebnis, sondern die weitestgehende Zustimmung der bürgerlichen Parteien. Der Sprecher der Fraktion der DDP, Presseamtsleiter Oskar Böer, sprach Beims das Vertrauen aus. Er sah in ihm nicht den Sachwalter einer Partei oder einer Bevölkerungsschicht. Auch der Fraktionsvorsitzende der DVP/DNVP, Rechtsanwalt Dr. Zehle, meldete angesichts der augenblicklichen politischen Verhältnisse keinen Widerspruch gegen den ersten Mann des Magistrats an.<sup>54</sup> Die bürgerliche Presse schrieb von großen Erwartungen, Hoffnungen und Wünschen, die an die Wahl Beims geknüpft seien.<sup>55</sup> Die breite Zustimmung, die der neue Oberbürgermeister erfuhr, war dem Respekt für sein bisheriges, durch Augenmaß und Besonnenheit bestimmtes politisches Handeln geschuldet. Hermann Beims, geformt vor allem durch die von Eduard Bernstein geprägte neue sozialdemokratische Programmatik und Politik, hatte in der schwierigen Zeit des Kriegsendes und der Revolution mit seinen Vorstellungen von der Schaffung rechtsstaatlicher parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse, von Ruhe und Ordnung den Gang der Ereignisse in der Stadt und in der Region maßgeblich beeinflussen können. Dazu kamen seine richtungsweisenden kommunalpolitischen Überlegungen, die darauf abzielten, Magdeburg in jeder Hinsicht aus den letzten Fesseln Wilhelminischer Beengtheit zu befreien und der Stadt an der Schwelle zur modernen Zeit aufgrund ihrer großen



*Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung*



Oberbürgermeister  
Hermann Beims (1927)

Beims verkörperte den sich in deutschen Großstädten immer mehr durchsetzenden neuen Oberbürgermeister-Typus. An die Stelle des Wirkens eines juristisch geschulten, in der althergebrachten Tradition verhafteten Karrierebeamten gehobener bürgerlicher Herkunft trat die dynamisch-kreative, kommunale Freiräume bewußt nutzende Amtsführung, die zu überzeugen wußte, sowohl im Ratsherrenkollegium als auch in der Stadtverordnetenversammlung Mehrheitsvoten für eingebrachte Vorlagen erreichte und es dank des flexiblen Leitungsstils verstand, Gegensätze zu entschärfen.<sup>56</sup> Ein Mann des Ausgleichs war an der Spitze der Stadtverwaltung vonnöten, da die in der Magistratsverfassung verankerten Rechte der beiden städtischen Körperschaften das Re-

Geschichte, der hervorragenden und zukunfts-trächtigen verkehrsgeographischen Lage und des gesunden wirtschaftlichen Umfeldes nicht nur in der Region, sondern im gesamten mitteldeutschen Raum endlich die ihr gebührende Rolle zu kommen zu lassen. Bei der Inangriffnahme dieser Aufgabe wußte sich Beims eins mit den Interessen und Wünschen der entscheidenden Kreise und Gruppierungen von Politik, Wirtschaft und Handel der Elbestadt.

gieren nicht gerade leicht machten. Der Magistrat führte die Verwaltung. Er war nicht einseitig ausführendes Organ der von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Vorlagen, sondern verfügte ebenfalls über beschließende Kompetenzen. Es kam nur dann ein rechtswirksamer Gemeindebeschluß zustande, wenn sowohl das Stadtparlament als auch der Magistrat - in getrennten Sitzungen - ihre Zustimmung gegeben hatten. In Magdeburg gab es 1919 in beiden Gremien absolute Mehrheiten, und zwar in der Stadtverordnetenversammlung eine sozialdemokratische, im Magistrat eine bürgerliche. Beide Seiten hätten durch ein ständiges Blockieren von Beschlüssen jede konstruktive Kommunalpolitik verhindern können.<sup>57</sup> Unter diesen Vorzeichen wurden besonders hohe Ansprüche an die Führung der Stadtgeschäfte gestellt. Beims nahm die Herausforderung an, zumal er in seinem Stellvertreter, dem bisherigen Stadtrat Albert Paul (DDP) - der selbst als Oberbürgermeister im Gespräch gewesen war - einen verlässlichen Partner gefunden hatte.

Urbanisierung und Industrialisierung zwangen seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die Städte, eine Fülle neuer Aufgaben zu übernehmen. Das hatte für die kommunale Selbstverwaltung vielfältige Konsequenzen. Zwangsläufig mußte das Prinzip der Ehrenamtlichkeit immer mehr durch Bürokratisierung und Professionalisierung zurückgedrängt werden.<sup>58</sup> Auf höherer, mittlerer und unterer Ebene der städtischen Behörden und Betriebe lösten Berufsbeamte die ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter ab. Hatten nach der Steinschen Städteordnung von 1808 an der Spitze der Stadtverwaltung neben dem besoldeten Oberbürgermeister ein bis zwei weitere hauptamtlich angestellte, juristisch-kameralistisch ausgebildete Stadträte, ein Stadtbaurat, der Syndikus und Kämmerer gestanden, so nahmen mit den vermehrten Tätigkeitsfeldern die besoldeten Stadträte ständig zu. Ihre Zahl stieg in



Justizpalast, Halberstädter Straße



*Wochenmarkt auf dem Alten Markt*

Magdeburg über zehn (einschließlich Oberbürgermeister und Bürgermeister) nach der Jahrhundertwende (daneben 15 unbesoldete Stadträte) auf vierzehn nach dem ersten Weltkrieg (daneben 17 unbesoldete Stadträte).<sup>59</sup> Während die besoldeten Ratsherren (einschließlich Oberbürgermeister und Bürgermeister) in der Regel für 12 Jahre in den Dienst der Kommune traten, hatten sich mit dem Inkrafttreten des neuen preußischen Gemeinderatsgesetzes die Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung darüber verständigt, die unbesoldeten Ratsherrenstellen entsprechend der Anzahl der Sitze der einzelnen politischen Parteien zu vergeben. Spätestens von diesem Zeitpunkt an konnte von einem "unpolitischen Magistrat" keine Rede mehr sein. Auf der Stadtverordnetenversammlung am 27. März wurden die vorgeschlagenen Kandidaten für die freigewordenen 17 Ratsherrenplätze bestätigt. SPD und DDP waren übereingekommen, ihre Vorschläge gegenseitig zu unterstützen. 10 Sozialdemokraten, 5 bürgerliche Demokraten, 1 unabhängiger Sozialdemokrat und 1 Vertreter der Rechtsparteien kamen in den Magistrat.<sup>60</sup>

Unterhalb der Magistratsspitze gliederte sich der Behördenapparat in Dienststellen. Sie wurden von den Stadträten als Dezernenten geleitet. Die Dezernate hatten den entsprechenden Fachbereich sachkundig zu bearbeiten, Entscheidungsprozesse vorzubereiten, Beschlussvorlagen zu erstellen bzw. gefaßte Beschlüsse umzusetzen. Vor allem den unbesoldeten Ratsherren fiel es aus zeitlichen Gründen, aber auch wegen der unzureichenden Fachkompetenz schwer, diese Aufgabe voll wahrzunehmen. Daher gab es in den Dezernaten bzw. diesen unterstellten oder angegliederten Abteilungen und Ämtern hauptamtlich tätige Fachleute, die wichtige Leitungsprozesse ausübten. So beschäftigte der Magistrat 17 Oberbeamte, unter ihnen drei Stadtbauinspektoren, einen Oberingenieur, Branddirektor, Gartendirektor, Rechnungsdirektor, Direktor des Statistischen Amtes, Museumsdirektor, Hafendirektor, Direktor des Rieselgutes, Direktor der Stadtwerke und den Direktor des Schlacht- und Viehhofes.<sup>61</sup>

Eine wichtige Rolle bei der Verwaltung der Stadt bildeten die Ausschüsse. Ihre Zahl richtete sich nicht nur nach den Dezernaten im Magistrat, sondern nach der Fülle der zu erledigenden Aufgaben. Die Ausschüsse setzten sich aus Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und sachverständigen Bürgern zusammen. Sie bildeten die Nahtstelle zwischen dem Beschluß- und Exekutivorgan Magistrat, der sich immer mehr zu einem Verwaltungsgremium von Berufsbeamten entwickelte, und dem Beratungs- und Beschlußorgan Stadtverordnetenversammlung. Die Ausschussarbeit - beispielsweise zu Haushaltsfragen, Rechtsangelegenheiten, Eingaben, Schulfragen, Wohnungsbau - bot Stadtverordneten und Bürgern die Möglichkeit, sich kommunalpolitisch zu profilieren, Sachkompetenz unter Beweis zu stellen und sich gegebenenfalls für die Übernahme einer unbesoldeten Ratsherrenstelle zu empfehlen.<sup>62</sup>

Die Stadtverordnetenversammlung verkörperte weiterhin das ehrenamtliche Prinzip und das Laienelement in der kommunalen Selbstverwaltung. Sie war die wichtigste Institution des Bürgereinflusses auf den Magistrat und die städtischen Behörden. Ihre Mitglieder wurden von der Bürgerschaft für fünf Jahre gewählt. Die Stadtverordnetenversammlung wurde von einem Vorsteher und seinem Stellvertreter, die zu Beginn ei-



*Breiter Weg/Ecke Himmelreichstraße*

nes jeden Jahres bestätigt werden mußten, geleitet. Nach der Märzwahl 1919 votierten Paul Hoffmann (SPD) als Vorsitzender und Carl Miller (DDP) als Stellvertreter. An der Spitze der einzelnen Fraktionen standen Ernst Wittmaack (SPD), Oskar Böer (DDP), Alwin Brandes (USPD) und Dr. Georg Zehle (DVP/DNVP). Das Stadtparlament mußte ein umfangreiches Arbeitspensum bewältigen. Es führte beispielsweise 1919 27 Sitzungen durch, auf denen 1.267 Vorlagen, Eingaben und andere Tagesordnungspunkte behandelt wurden.<sup>63</sup>

In den ersten Nachkriegsjahren sahen sich die städtischen Körperschaften mit einer Fülle komplizierter Probleme konfrontiert. Dazu kam, daß die Staatsumwälzung und die damit eingetretene Wandlung in der Gesetzgebung die Abgrenzungen und Zuständigkeiten zwischen dem Reich, dem Staat Preußen und den Kommunen verschoben hatte. In einem Bericht klagte der Magistrat: "Eine Hochflut neuer Gesetze, Gesetzesänderungen, Verordnungen ... war für die Verwaltung im wesentlichen ein stetiger Prozeß mühseliger Anpassung an die stets wechselnden Verhältnisse."<sup>64</sup> Dabei drängten unaufschiebbare wirtschaftlich-soziale Fragen auf eine Lösung. Es lag in der Natur der Sache, daß die Umstellung der Kriegswirtschaft auf Friedensproduktion nicht in kurzer Zeit bewerkstelligt werden konnte. Außerdem machte die von den

Kriegsgegnern verhängte, weiter anhaltende Wirtschaftsblockade den Ex- und Import von Waren nahezu unmöglich. Ebenfalls stagnierte die Inlandsnachfrage. So blieben aufgrund fehlender Investitionen für den Maschinen- und Apparatebau die traditionellen Aufträge aus der Nahrungsmittelindustrie, den Zuckerfabriken und den Bergbau aus.

Trotz aller widrigen Umstände begann sich die Magdeburger Wirtschaft - wenn auch zunächst auf niedrigem Niveau - zu konsolidieren. Das belegen die Beschäftigungszahlen der Unternehmen der Industrie, des Handels, Verkehrs und Gewerbes.

Neben der Zunahme von 9.000 männlichen Arbeitern und Angestellten fällt auf, daß sich nach der gemäß der Demobilisierungsverordnung in den ersten Nachkriegsmonaten durchgeführten Entlassungswelle die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie, im Handel und Gewerbe stabilisiert hat. Der weitere Rückgang der Beschäftigung von Frauen im Maschinen- und Apparatebau und in den Verkehrsbetrieben (u.a. Straßenbahn) wurde durch den Zuwachs in anderen Gewerbegruppen (Handel, Textil, Papier, Versicherungen) kompensiert. Hier sind zum Teil die Frauen in die Berufe, die sie während des Krieges wegen der besseren Entlohnung in der Rü-

Beschäftigungszahlen der Unternehmen im Zeitraum von Ende 1918 bis Ende 1921 (in den Klammern Anteil der weiblichen Arbeitskräfte)<sup>65</sup>

Gewerbegruppen	Zahl der Betriebe	1918	1919	1920	1921
Maschinen-, Instrumente-Apparatebau	65	21.208 (1.533)	22.260 (811)	22.621 (793)	23.779 (689)
Metallverarbeitung	14	1.737 (465)	1.919 (565)	1.992 (566)	1.854 (542)
Chemie	4	3.444 (2.593)	3.922 (2.834)	4.172 (2.899)	3.985 (2.583)
Polygraphie	21	1.407 (475)	1.766 (512)	1.779 (510)	1.971 (627)
Steine und Erden	10	897 (212)	997 (241)	997 (221)	1.032 (230)
Bau	54	2.309 (110)	2.605 (66)	2.748 (75)	3.327 (72)
Seifen, Öle, Fette	16	537 (82)	752 (92)	818 (107)	984 (130)
Textil	10	347 (283)	419 (317)	704 (504)	1.012 (728)
Papier	11	756 (489)	849 (525)	878 (536)	1.144 (742)
Leder	8	218 (60)	186 (19)	203 (27)	264 (24)
Holz	27	940 (210)	1.220 (297)	1.148 (322)	1.171 (269)
Nahrung- und Genußmittel	44	3.413 (1.363)	3.279 (1.292)	3.646 (1.498)	5.029 (2.210)
Bekleidung	20	1.646 (1.420)	1.428 (1.129)	1.232 (856)	1.367 (921)
Reinigung	7	312 (245)	334 (256)	282 (215)	258 (202)
Handel	81	4.578 (2.788)	5.189 (2.853)	5.649 (2.845)	6.324 (3.150)
Versicherungen	13	1.306 (74)	1.935 (377)	1.951 (245)	2.064 (297)
Verkehr	15	1.664 (619)	1.745 (119)	1.595 (93)	1.544 (97)
gesamt	420	46.717 (13.021)	50.805 (12.305)	52.415 (12.312)	57.109(13.513)

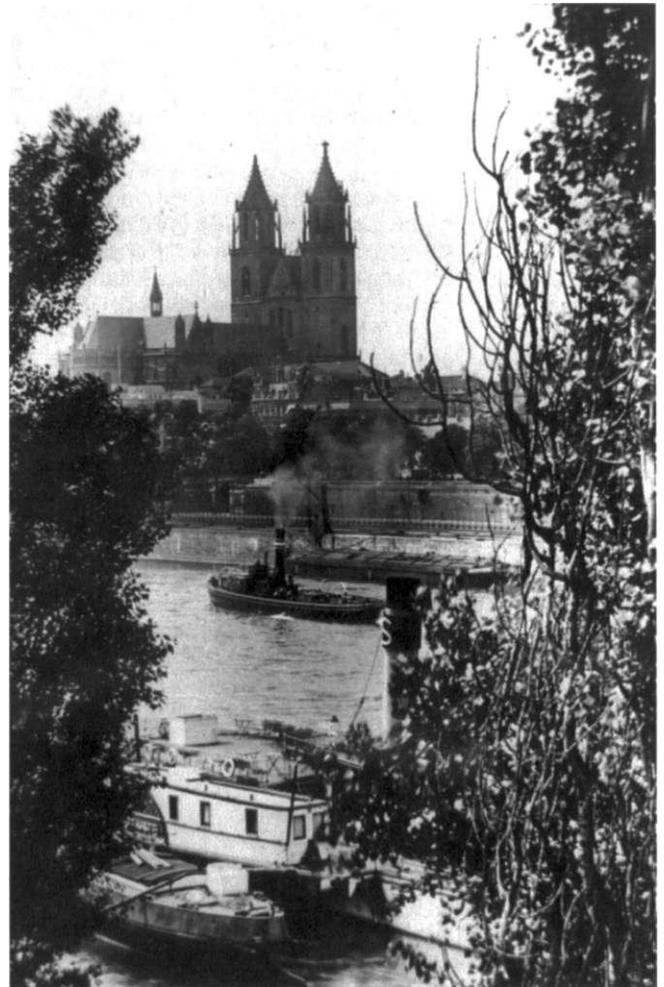
stungsindustrie verlassen hatten, zurückgekehrt. An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, daß von den am 31. Dezember 1921 in der Wirtschaft registrierten 57.109 Arbeitskräften 7.313 Personen in den Dörfern des Umlandes wohnten.<sup>66</sup>

Die relative Stabilisierung der Magdeburger Wirtschaft in den ersten Nachkriegsjahren darf jedoch nicht über die anhaltende hohe Arbeitslosigkeit hinwegtäuschen. Die statistischen Unterlagen des städtischen Arbeitsamtes vermitteln von der sehr angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt ein ungefähres Bild.

Die Zahlen belegen den durch Inflation, Investitionsmüdigkeit, Absatzkrise verursachten wirtschaftlichen Abschwung mit seinen einschneidenden sozialen Folgen. Zu den Industrie- und Arbeitsstädten, die im Vergleich mit bürgerlich geprägten Kommunen (sogenannte Beamtenstädte) ungleich härter von konjunkturellen Wechsellagen betroffen wurden, gehörte auch Magdeburg. Zwar zahlten die Gewerkschaften ihren Mitgliedern bei Arbeitslosigkeit Erwerbslosenhilfe, jedoch waren bei einer länger anhaltenden Rezession die Kassen bald leer. Die Fürsorgelast fiel dann an die Kommune.<sup>68</sup>

Im Arbeitsamt kamen von Dezember 1918 bis Ende Mai 1922 73.784 Anträge auf Erwerbslosenfürsorge ein, von denen 48.923 genehmigt wurden. Es mußten 30,7 Millionen RM Unterstützungen gezahlt werden. Davon hatte die Stadt 5,2 Millionen RM zu tragen. Um weitere Arbeitsplätze zu sichern, wurden Unternehmen durch finanzielle Stützungen vor dem Konkurs bewahrt. Zeitweilig fanden Elbestädter durch die im oben genannten Zeitraum im Rahmen sogenannter Notstandsarbeiten (Straßen- und Kanalisationsbau, Riege der Grünanlagen) organisierten 500.000 Tagewerke Beschäftigung.<sup>69</sup>

Die Armenpflege bildete von jeher eine der wichtigsten Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts floß der Hauptanteil der dazu benötigten finanziellen Mittel aus den von Bürgern zu wohltätigen Zwecken gemachten Stiftungen, über deren Erträge die Städte verfügen konnten. Mit der Urbanisierung der Kommunen und der damit einhergehenden Bevölkerungsentwicklung und stärkeren sozialen Schichtung reichten die aus den milden Stiftungen kommenden Gelder für die Armenpflege nicht mehr aus. Die städtischen Finanzen (Kämmereikasse) mußten immer größere Defizite ausgleichen. Nach dem ersten Weltkrieg trat



*Blick vom Hohen Wall der Zitadelle auf Elbe, Fürstenwall und Dom*

an die Stelle des Begriffes Armenpflege die Bezeichnung Fürsorge.<sup>70</sup> Die Stadt war - obwohl es bis 1924 keine gesetzliche Grundlage betreffs einer Fürsorgepflicht gab - für die in ihr wohnenden Hilfsbedürftigen verantwortlich. Das hatte auch behördlich-strukturelle Konsequenzen.

Angebot, Nachfrage und Stellenvermittlung durch das Städtische Arbeitsamt im Zeitraum von 1918 bis 1924<sup>67</sup>

Jahr	Stellenangebote		Stellengesuche		vermittelte Stellen	
	gesamt	davon weiblich	gesamt	davon weiblich	gesamt	davon weiblich
1918	44.371	21.115	48.976	23.027	37.292	16.994
1919	104.165	37.055	102.922	33.432	88.714	28.462
1920	116.366	39.274	161.948	52.421	93.414	23.655
1921	77.816	24.713	87.670	27.169	69.758	19.705
1922	85.562	24.789	97.529	29.027	79.040	20.114
1923	53.795	23.049	79.537	28.549	49.040	19.263
1924	64.028	20.408	90.153	24.122	59.903	17.695

Bereits am 1. April 1914 war - hervorgegangen aus einem vier Jahre zuvor geschaffenen Amt für Jugendfürsorge - ein Wohlfahrtsamt eingerichtet worden, das in den folgenden schweren Jahren - wie in einer Publikation steht - die "Feuerprobe bestanden" hatte.<sup>71</sup> Zwischen 1914 und 1918 gehörte es zur vorrangigen Aufgabe der neuen städtischen Einrichtung, die Versorgung der Familien der im Felde stehenden Soldaten, der Kriegerwitwen und -waisen zu organisieren. In der Nachkriegszeit übernahm das Wohlfahrtsamt die Koordination der Fürsorge aller öffentlichen und privaten Institutionen. Neben den städtischen Wohlfahrtseinrichtungen und Stiftungen betraf das die Arbeit von 121 Wohlfahrtsvereinen und 155 privaten Stiftungen.<sup>72</sup> Die Zentralauskunftsstelle des Wohlfahrtsamtes prüfte die Bedürftigkeit des Antragstellers, regelte die

sachgemäße Verteilung der bereitstehenden Mittel und gewährte Unterstützungen. Dank des engagierten und sachkundigen Einsatzes des Stadtrates und späteren Bürgermeisters Albert Paul wurde das Stadtgebiet in 16 Fürsorgebezirke aufgliedert, an deren Spitze hauptamtliche Fürsorgeschwestern standen, denen ehrenamtlich tätige Stiftungspfleger und -Pflegerinnen beigegeben wurden.<sup>73</sup> Mitte der zwanziger Jahre betreute das Wohlfahrtsamt 1.000 Kriegsgeschädigte, 5.600 Kriegshinterbliebene, 3.600 Kriegswaisen, 2.032 Voll- und Halbwaisen sowie 9.531 allgemeine Unterstützungsempfänger, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich durch die Fürsorge bestritten. Neben Geld gewährte die Stadt Mietzuschüsse, Lebensmittelpakete und Heizmaterial.<sup>74</sup>

## Die Kommune und ihre Bürger vor dem finanziellen Kollaps

Mit den vor allem seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts sich ausweitenden Aufgaben der Städte vermehrte sich deren Finanzbedarf. Drei wichtige Quellen ließen das Geld in die Kämmereikasse fließen: Steuern und Gebühren, Einkünfte aus Gemeindevermögen und kommunalen Betrieben sowie Kreditaufnahmen. Entsprechend des jeweiligen städtetypologischen Charakters hatten die einzelnen Einnahmesäulen für die Finanzpolitik der städtischen Körperschaften einen unterschiedlichen Stellenwert.<sup>75</sup>



Alte Ulrichstraße, westlicher Teil (1931)

Die im Jahre 1895 in Kraft getretene Kommunalabgabenreform hatte den preußischen Städten und damit auch Magdeburg eine weitgehende Steuerautonomie erhalten. Mit Genehmigung der staatlichen Behörden war es ihnen gestattet, die dem Land (Staat Preußen) zustehenden direkten Steuern (z. B. Grund-, Gebäudesteuern) mit kommunalen Zuschlägen zu belegen und indirekte Steuern (z. B. Verbrauchssteuer, Lustbarkeitssteuer, Hundesteuer) zu erheben. Typisch für Magdeburg war, daß die Kämmereikasse bedeutende Einnahmen aus den Gewinnen der städtischen Betriebe und Anstalten (Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerk, Schlachthof, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Stadtgut Körbelitz) erzielte.<sup>76</sup>

Mit dem durch den Versailler Frieden dem Reich auferlegten Bürden - Haftung für die den Siegermächten zu erbringenden Wiedergutmachungsleistungen - wurde es notwendig, das gesamte Finanzsystem neu zu ordnen. Zwischen dem Reich, den Ländern und Kommunen mußten die Einnahmen zugunsten des Reiches neu aufgeschlüsselt werden. In diesem Sinne wurde durch die Erzbergersche Finanzreform 1920 die Steuerautonomie der Kommunen bedeutend eingeschränkt. Ein Teil der bisherigen Geldquellen der Städte versiegte. Deren Selbstverwaltungen waren gezwungen, nach neuen Einnahmemöglichkeiten Ausschau zu halten.

Die Kriegsjahre hatten Magdeburg - wie bereits oben dargelegt - höhere Steuereinnahmen beschert. Gleichzeitig fiel durch die Beteiligung der Stadt an der Zahlung von Unterstützungen für Familien, deren Ernährer im Feld standen, sowie für Kriegsversehrte und -hinterbliebene ein größerer Finanzbedarf an. Es bereitete jedoch keine Schwierigkeiten, Darlehen zu günstigen Zinssätzen zu bekommen.<sup>77</sup> An dieser Lage änderte sich nach dem Kriegsende zunächst wenig, wenn es auch der Kämmereikasse immer schwerer fiel, die laufenden Ausgaben zu begleichen. Zur Deckung außerordentlicher Verbindlichkeiten mußten weitere langfristige Anleihen aufgenommen werden.<sup>78</sup> Jedoch machte das größere Probleme als in der Kriegszeit. Als der Magistrat im September 1919 43 Großbanken anschrieb, unterbreiteten lediglich vier Geldinstitute Angebote, und zwar zu sehr ungünstigen Konditionen.

Erhöhte Ausgaben ergaben sich in erster Linie aus der fortschreitenden Inflation. Die Preise stiegen und die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter verlangten einen Teuerungsausgleich, der ihnen in immer kürzeren Abständen gewährt werden mußte. So erhielten die 2.200 städtischen Arbeiter am 1. August 1920 14 Prozent und vier Monate später



Alte Ulrichstraße, östlicher Teil (1931)

13 Prozent mehr Lohn.<sup>79</sup> Zu Buche schlugen auch die Zulagen zur Bezahlung des über 3.000 Mann starken Wachregimentes.<sup>80</sup>

Es war der Stadt unmöglich, im Gleichklang mit den wachsenden Ausgaben neue Einnahmequellen zu erschließen. Im Bericht des Magistrats über das Rechnungsjahr 1919/20 hieß es, daß nur durch die "gewaltige Steigerung der Steuern und insbesondere durch die Erhebung einer 5. Vierteljahresrate der Gemeinde-Einkommenssteuer" es möglich gewesen sei, das Schlimmste zu verhindern. Die Stadt erhob damals 13 kommunale Steuerzuschläge und indirekte Steuern. Das meiste Geld erbrachten die Gemeinde-Einkommenssteuer sowie die Lustbarkeits- und Kartensteuer.<sup>81</sup>

Nach Inkrafttreten der Erzbergerschen Finanzreform verschlechterte sich die finanzielle Lage Magdeburgs weiter. Dabei fiel besonders ins Gewicht, daß es dem Reich immer schwerer fiel, pünktlich den der Kommune zustehenden Anteil an der Einkommenssteuer zu zahlen. Ende März 1921 standen bereits 18,3 Millionen Mark aus.<sup>82</sup> Es blieb den städtischen Körperschaften nichts anderes übrig, als alle Möglichkeiten vermehrter Geldeinnahmen auszuloten. Bereits 1919 hatte man die vermögenden Bürger aufgerufen, der Kommune durch Gewährung unkündbarer Schuldscheindarlehen aus der finanziellen Misere zu helfen. Vom Juli 1919 bis zum März 1922 kamen auf diesem Wege 129,58 Millionen Mark ein.<sup>83</sup> All das blieb jedoch lediglich "ein Tropfen auf dem heißen Stein." Vermehrte Einnahmen, die später nicht zurückgezahlt werden

mußten, konnten nur aus den Kommunalabgaben der Bürger kommen. In einer Magistratsvorlage vom Mai 1920 stand es klar und deutlich: "Die gegenwärtige Finanzlage der Stadt erfordert es gebieterisch, alle Steuerquellen auszuschöpfen".<sup>84</sup> In diesem Sinne mußten die Magdeburger ständig tiefer in die Tasche greifen. Bereits im Januar 1920 hatten die Stadtverordneten "trotz schwerer Bedenken" dem Antrag des Magistrats zugestimmt, auf die Einkommenssteuer einen kommunalen Zuschlag von 360 Prozent zu legen.<sup>85</sup> Gebühren für die Nutzung der Friedhofskapellen, das Marktstandgeld und das Schulgeld stiegen laufend an. Neue Finanzquellen - so die Fremdensteuer, die Schankkonzessionssteuer - wurden erschlossen, dagegen eine Fahrradsteuer in der "Stadt der Radfahrer" abgelehnt. Hunde hatten bald keine Überlebenschance, denn das "Herrchen oder Frauchen" mußten jährlich mehr draufzahlen. Trotz der zunehmenden finanziellen Belastung der Bürger reichten die städtischen Einnahmen nicht aus.

Die Inflation bereitete dem kommunalen Finanzgebahren auch bei der Aufstellung jährlicher Haushaltspläne Probleme. Der fortschreitende Währungsverfall machte eine praktikable Planung unmöglich. Bei dem ständigen Ansteigen der Preise fehlte ein konstanter Wertmesser, zumal Vergleichszahlen früherer Jahre nicht berücksichtigt werden konnten. Haushalts- und Nachhaushaltspläne schlossen stets mit ungedeckten Positionen ab.<sup>86</sup> So stellte im Juni 1922 der Haushaltsausschuß einen Fehlbetrag von 110 Millionen Mark fest. Er erklärte sich außerstande, einen Etat zu entwerfen, da bei der Geldentwertung Einnahmen und Ausgaben nicht mehr kalkulierbar

seien.<sup>87</sup> Hatte bis dahin "die Liquidität der städtischen Kassen ... die angespannteste Aufmerksamkeit erfordert, so war die Kommune seit Anfang 1923 finanziell nicht mehr aktionsfähig. Die einsetzende Hyperinflation verhinderte jegliches Fixieren von Einnahmen und Ausgaben. Die Etatvorschläge der Dezernate und Ämter mußten laufend korrigiert werden. Der Haushaltsplanentwurf war bereits vor der Beratung in der Stadtverordnetenversammlung völlig überholt. Durch das sogenannte Sammelkontensystem wurde versucht, die kommunalen Ein- und Ausgaben notdürftig zu steuern. Für die Hauptausgabearten der gesamten Verwaltung (Gehälter, Löhne, Gebäudeunterhaltung) mußte monatlich der durch die Geldentwertung erforderliche Mehrbedarf festgestellt werden. Der Versuch, durch zusätzliche Einnahmen den Verbindlichkeiten nachkommen zu können, ging nicht mehr auf. Die Stadt besaß keine Möglichkeiten, neue Geldquellen zu erschließen. Das Reich überwies mit großen Zeitverzug den der Kommune zustehenden Anteil an den Steuern. Die Besoldung der in städtischen Diensten stehenden Beamten und Lehrer war nicht mehr gewährleistet.<sup>88</sup> Am 1. Juli betrug das Finanzloch im Stadtsäckel bereits 61,4 Billionen Mark. Ständige Aufforderungen an die vermögenden Bürger, die Steuern im voraus zu bezahlen, und weitere Steuererhöhungen konnten den faktischen Bankrott nicht mehr verdecken. Allein für die Entlohnung der im Dienste der Stadt stehenden Beamten, Angestellten und Arbeiter - ohne die Beschäftigten der Kommunalbetriebe - wurden im September 1923 186 Billionen Mark benötigt. Die Höhe des Septembergehaltes eines Angestellten betrug 563 Juligehälter.<sup>89</sup>

Die Bemühungen um weitere Kredite blieben so gut wie aussichtslos. Von 1919 bis 1923 hatte Magdeburg bei Versicherungsgesellschaften und Sparkassen Schuldscheindarlehen mit einem Nennbetrag von 2,7 Milliarden Papiermark (Wert von 12,5 Millionen Goldmark) aufgenommen. Seit 1923 waren Schuldscheindarlehen nicht mehr zu haben. Die Verhandlungen mit einer US-Bank über eine Anleihe von 1 Milliarde Papiermark zu 8 Prozent Zinsen verzögerten sich bis nach der Währungsanierung. Die Anleihe kam dann in Höhe von 434 Goldmark(!) in die Kammereikasse.<sup>90</sup> Um den totalen Finanzkollaps abwenden zu können, erhielt die Stadt nach wiederholten Vorstellungen bei den staatlichen Behörden von der Preußischen Staatsbank einen Wechselkredit "zur Bestreitung ihrer ordentlichen Verwaltungsbedürfnisse".<sup>91</sup> Trotzdem wäre Magdeburg zahlungsunfähig gewesen, wenn man nicht eigenes Notgeld gedruckt und zur Deckung der Ausgaben eingesetzt hätte.

Städtisches Notgeld gab es bereits während des Weltkrieges. Der Mangel an Zahlungsmitteln bewog die Kommune, Notgeldscheine herstellen zu lassen und in Umlauf zu bringen. Nachdem dieselben auf Betreiben der Reichsbank im Jahre 1919 wieder aus dem Verkehr gezogen werden mußten, entschlossen sich ein Jahr später die städtischen Körperschaften, die fehlenden kleinen Zahlungsmittel durch Scheine mit einem Nennwert von 10, 25, 50 Pfennigen zu ersetzen. Das Kleinnotgeld schied mit der Geldentwertung von selbst aus dem Zahlungsverkehr aus.

Im Oktober 1922 legte die Stadt 500 Mark-Notgeldscheine - für die bei der Reichskreditgesellschaft ein Gegenwert hinterlegt werden mußte - auf. Zeitweilig wieder aus dem Verkehr gezogen hielten sie mit einem Aufdruck versehen die Kommune auf den Höhepunkt der Inflation halbwegs zahlungsfähig. Die 500 Mark-Notgeldscheine spiegeln mit dem laufend veränderten Nennwert-Aufdruck den dramatischen Währungsverfall im Spätsommer/Herbst 1923 wider: September (20-50 Millionen Mark), Oktober (500 Millionen, 5 Milliarden, 20 Milliarden, 50 Milliarden, 100 Milliarden Mark) November (200 Milliarden, 500 Milliarden, 1 Billion Mark).<sup>92</sup> Wenn wir einem Magistratsbericht Glauben schenken dürfen, wurde das Stadtnotgeld von den Geldinstituten "stürmisch begehrt".<sup>93</sup>

Neben der galoppierenden Inflation hatte 1923 noch ein anderes Ereignis tiefgreifende Auswirkungen auf das Leben der Bürger. Die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Soldaten beantwortete die deutsche Regierung mit dem "passiven Widerstand" - der Einstellung der Produktion im Zentrum der deutschen Wirtschaft. Auch für die Magdeburger Industrie blieben die Lieferungen an Kohle, Eisen und Stahl aus dem Rheinland aus. Sowohl die zunehmende Arbeitslosigkeit als auch die hinter den Preisen zurückbleibenden Löhne und Gehälter schufen für viele Familien eine fast ausweglose Lage. Nach Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt stieg bezogen auf die Vorkriegszeit (1914 = 100) der Index für die Preise der Grundnahrungsmittel Ende 1921 auf 1920, im Oktober 1922 auf 14.397 bis Ende Juli 1923 auf 875.450. Die Lebenshaltungskosten einer fünfköpfigen Normalfamilie hatten sich im Vergleich mit dem Jahr 1914 um das 23.205fache erhöht.<sup>94</sup> Seit Mitte 1923 katapultierte die Inflation ins Astronomische. Ladenbesitzer und Händler hielten ihre Waren zurück, wollten für das täglich, ja stündlich weiter wertlos

werdende Papiergeld nichts mehr verkaufen. Für Grundnahrungsmittel vorgegebene Richtpreise fanden keine Beachtung. Hatte auf dem Magdeburger Wochenmarkt am 7. Oktober ein Salzhering zwischen 4-6 Millionen Mark gekostet, so betrug der Preis vier Tage später 10-14 Millionen Mark und stieg bis zum 4. November auf 4-7 Milliarden Mark. Vor allem die Arbeitslosen - in Magdeburg betrug ihre Zahl im Oktober 1923 10.105 Männer und 5.293 Frauen - hungerten bei der geringen Erwerbslosenunterstützung und Sozialfürsorge. Die Not trieb die Menschen zu kriminellen Handlungen. So plünderte am 20. Oktober eine aufgebrauchte Menge die Fleischstände des Wochenmarktes in der Innenstadt. Auf dem Neustädter Markt kam es sogar zu Schießereien, bei denen eine Per-



Magdeburger Notgeld vom 25. Oktober 1923



Magdeburger Notgeld aus dem Jahre 1923

son zu Tode kam. Die Wochenmärkte mußten von nun an unter Polizeischutz gestellt werden. Brotkarten wurden eingeführt, um Hamsterkäufe zu unterbinden.

Ausdruck der zugespitzten und ausweglosen Lage war der Versuch des Oberpräsidenten der Provinz, mit Hilfe einer Verordnung die Lebensmittelerzeuger zu zwingen, Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch und Butter den Kommunen zuzuführen. Die Bauern und Händler waren jedoch nicht bereit, ihre Produkte für wertlose Geldscheine abzugeben. Am 23. Oktober mußte die Verordnung zurückgenommen werden.<sup>95</sup>

In den letzten Monaten des Jahres 1923 beschäftigten sich Magistrat und Stadtverordnetenversammlung fast nur noch mit der finanziellen Situation der Kommune, mit dem Aufbringen des Geldes für die Erwerbslosenfürsorge und der Beschaffung von Lebensmitteln. Allein für die Arbeitslosenunterstützung im Oktober benötigte die Stadt 288 Billionen Mark. Rigoros mußten Sozialleistungen - so für die Kriegsversehrten und Invaliden, für die Lungenkranken - gekürzt werden. Der Magistrat entschloß sich, Ausgaben mit eigenen Notgeldscheinen zu finanzieren. Unternehmer und Geschäftsleute weigerten sich jedoch zunehmend, für das städtische Notgeld Waren zu verkaufen.

Die mit der Rentenmark im November 1923 eingeleitete Stabilisierung der Währung signalisierte das Ende der Inflation und der wirtschaftlichen Talfahrt. Innerhalb weniger Tage fielen die Preise auf das normale Maß zurück. Der Magistrat nutzte die Tage vor der Währungsumstellung, indem er sechs Anleihen, die die Stadt zwischen 1886 und 1919 aufgenommen hatte, kündigte und sich so der gesamten Schulden mit wertlosem Papiermark entledigte. Die Stadtkasse begann sich - wenn auch langsam - zu füllen, denn die Steuern kamen nun wieder in "harter Währung" ein. Um die Voraussetzung für die Aufstellung eines ordentlichen Haushalts-

planes zu schaffen, faßte am 13. März 1924 die Stadtverordnetenversammlung den Beschluß, auf die Überprüfung und Entlastung der städtischen Einnahmen und Ausgaben in den fünf Nachkriegsjahren zu verzichten.<sup>96</sup>

Der wirtschaftliche Aufschwung schlug in Magdeburg sehr langsam zu Buche und war im Vergleich mit anderen deutschen Territorien von kurzer Dauer. Die soziale Not blieb groß. Bereits Anfang Oktober 1923 hatte der Oberbürgermeister angeregt, ein kommunales Hilfswerk zur Linderung von Hunger, Kälte und Not zu gründen. Die Presse appellierte an die Bürger, für die Winternothilfe zu spenden. Im Dezember 1923 erhielten täglich 1.500 bis 2.000 Magdeburger ein warmes Mittagessen. Mitglieder des Stahlhelm sammelten 1.000 Zentner Kohlen für Bedürftige.<sup>97</sup>

Im Vergleich zur Vorkriegszeit stiegen die städtischen Aufwendungen für die Armenfürsorge auf das Dreifache. Mußten 1914 9.879 Personen von der Stadt unterstützt werden, so waren es zehn Jahre später 49.336 Menschen.<sup>98</sup>

## Zunehmende politische Polarisierung und Rechtsruck

Die ersten Nachkriegsjahre hatten die unterschiedlichen Standpunkte der einzelnen politischen Lager - nicht so sehr über kommunale Fragen, sondern zu den großen nationalen Auseinandersetzungen - immer deutlicher werden lassen. Auch in Magdeburg bröckelte der Ende 1918/Anfang 1919 zwischen der SPD und den bürgerlichen Parteien bestandene Konsens. Die drückenden Bestimmungen des Versailler Friedens, das Verhalten der Siegermächte gegenüber Deutschland, Rheinlandbesetzung und Reparationen polarisierten Anhänger und Gegner der Republik. Extremisten von rechts und links versuchten die innenpolitischen Schwierigkeiten auszunutzen und den Weimarer Staat zu stürzen.

Im März 1920 besetzten meuternde Freikorps Berlin und erklärten die flüchtende Regierung für abgesetzt. Unruhe bemächtigte sich der Elbestädter, als bekannt wurde, daß eine Freikorps Einheit von Altengrabow auf Magdeburg marschiere. Unter dem Eindruck der sich überstürzenden Ereignisse traten am 13. März Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die Lage zu beraten. Die Vertreter der Rechtsparteien machten keinen Hehl aus ihrer Haltung zur Republik. Der Standortkommandant der Reichswehr, Generalmajor von Groddeck, ließ zunächst offen, für wen er mit allen Mitteln Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten gedachte. In der hitzigen Debatte gestand er später ein, daß Richtschnur seines gesamten Handelns der Eid sei, dem er den Kaiser geleistet habe. Auf der anderen Seite verlangten Arbeiterabordnungen Waffen, um die Republik zu verteidigen. In der ihm eigenen Art verstand es Oberbürgermeister Beims zu vermitteln und die streitenden Parteien an einem Tisch zu bringen. Er betonte, die städtischen Behörden würden sich aus den politischen Vorgängen heraushalten und ihre Aufgabe darin sehen, die Bevölkerung vor wirtschaftlichen Schäden zu bewahren. Beims nahm Generalmajor von Groddeck in Schutz und riet sowohl von einem Generalstreik als auch von der Bewaffnung der Arbeiter ab. Die Teilnehmer der Beratung distanzieren sich nicht eindeu-

tig von den Putschisten." Am folgenden Tag standen aber auch in Magdeburg alle Räder still. Die Mehrheit der Elbestädter beteiligte sich am Generalstreik und legte damit ein Bekenntnis für den demokratischen Staat ab. Mit den Putschisten sympathisierende Soldaten und Offiziere wurden entwaffnet. Der in Magdeburg residierende Oberpräsident der Provinz Sachsen ließ auch Generalmajor von Groddeck festnehmen.

Die Ermordung von Außenminister Walther Rathenau durch zwei rechtsradikale Offiziere heizte zwei Jahre später das gespannte innenpolitische Klima weiter an. In einer am 30. Juni 1922 von Magistrat und Stadtparlament durchgeführten Sitzung hielt der Oberbürgermeister die Gedenkrede, in der er, gerichtet an die Rechtsparteien, die sich nach Beims Worten an dem feigen Mord berauscht hätten, feststellte: "Unsere Geduld ist am Ende...!"<sup>100</sup> Ein Antrag der SPD-Fraktion, unverzüglich die an die Monarchie erinnernden Denkmäler aus dem Stadtbild zu entfernen, fand gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien eine Mehrheit. Auch wurde nun spontan die erste der vier großen Straßenumbenennungskampagnen in diesem Jahrhundert beschlossen. Damals mußten die "Monarchisten" daran glauben (Königstraße in Rathenaustraße, Wilhelmstraße in Kölner Straße, Kaiserstraße in Otto-von-Guericke-Straße, Wilhelmplatz in Friedensplatz, Kronprinzenstraße in Einsteinstraße, Friedrichstraße in Erzbergerstraße).<sup>101</sup>

Die Unzuverlässigkeit der Reichswehr bei der Bedrohung der Republik durch Extremisten sowie die zunehmende Rechtsorientierung des Stahlhelm ließen unter den Sozialdemokraten, aber auch im demokratischen Bürgertum, den Ruf nach der Schaffung einer republikanischen Schutzwehr immer lauter werden. Anfang 1924 ergriff der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Friedrich Otto Hörsing (SPD), die Initiative, anstelle der bereits bestehenden örtlichen und bezirklichen Abwehrverbände - in Magdeburg gab es bereits eine 25.000 Mann zählende Republikanische Notwehr<sup>102</sup> - eine sich auf das gesamte Reichsgebiet erstreckende, straff gegliederte Organisation aufzubauen. Vom 20. bis zum

22. Februar versammelten sich in einem Gastzimmer des Lokals "Kloster-Berggarten" Sozialdemokraten und einige Mitglieder der DDP, um das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer E.V., Sitz Magdeburg)" aus der Taufe zu heben. In einer Entschließung betonten die Gründer, daß es das Ziel der Wehrorganisation sei, die Staatsautorität zu festigen und die Bevölkerung zur Staatsfreudigkeit zu erziehen. Eindeutig grenzte man sich von den Kommunisten und Monarchisten ab. Ein Jahr später hatte das Reichsbanner bereits 3 Millionen Mitglieder. Am 21./22. Februar 1925 fand die Bundesgründungsfeier in Magdeburg statt. An dem Aufmarsch beteiligten sich 130.000 Mitglieder. Magdeburg wurde Sitz des Bundesvorstandes, an dessen Spitze Hörsing und als sein Stellvertreter Karl Höltermann, Redakteur der "Volksstimme", standen. Im Mai 1926 veranstaltete das Reichsbanner die erste Bundes-Generalversammlung im "Herrenkrug".<sup>103</sup>



Massenprotest gegen den Kapp-Putsch



*Aufmarsch des Reichsbanners anlässlich des ersten Jahrestages der Gründung auf dem Breiten Weg (22.2.1925)*

Die Gründung des Reichsbanners fiel nicht von ungefähr in eine Zeit verschärfter politischer und sozialer Auseinandersetzungen, in die aufgrund der instabilen wirtschaftlichen Verhältnisse Magdeburg immer mehr hineingezogen wurde. So war in der Elbestadt der nach dem Ende der Inflation erhoffte ökonomische Konsolidierungsprozeß ausgeblieben. Bereits 1924 lähmten Absatzkrise und Arbeitslosigkeit das Wirtschaftsleben. Die Anstrengungen der großen Unternehmen, durch Konzentration der Produktion und Rationalisierungsmaßnahmen die Konkurrenzfähigkeit und die im zurückliegenden Jahrzehnt verlorengegangenen Absatzmärkte zurückzugewinnen, gingen in erster Linie auf Kosten der Arbeitsplätze. Einem Bericht zufolge hatten die wirtschaftlichen Umschichtungen Mitte des Jahrzehnts "schärfste Auswirkungen in allen Berufszweigen, eine Arbeitslosigkeit von noch nie dagewesenem Umfange."<sup>104</sup> Die angemeldeten und vollzogenen Konkurse mittelständischer und Handwerksbetriebe erreichten eine bis dahin nicht gekannte Höhe.

Angemeldete und vollzogene Konkurse von Unternehmer Gesellschaften und Betrieben im Stadtkreis Magdeburg<sup>105</sup>

Jahr	Konkurse
1918	55
1919	54
1920	57
1921	93
1922	80
1923	43
1924	128

Ein immer größer werdender Kreis der Unternehmer, Kaufleute, Händler und Handwerker begann enttäuscht von der mit so großen Schwierigkeiten konfrontierten Weimarer Demokratie nach rechts abzuweichen. Ihr Unmut führte sie in die Wählerschaft der DVP, DNVP und der Rechtsextremisten. Dagegen näherten sich immer mehr Arbeitslose den Kommunisten, die sich als deren Sachwalter profilierten.

Im Vorfeld der anstehenden Reichstags- und Kommunalwahlen spitzte sich auch in Magdeburg die politische Lage weiter zu. Während die Sozialdemokraten auf Erfolge bei der Festigung der Republik und der Meisterung der schwierigen Nachkriegsprobleme verwiesen, sprachen die Rechten und Kommunisten vom Bankrott der "Novemberpolitiker". An der Wahl der Abgeordneten des Stadtparlamentes beteiligten sich von 200.032 wahlberechtigten Magdeburgern 84,16 Prozent.



*Reichsbanner-Spielmannszug, Magdeburg-Reform/Lemsdorf (1925)*

Ergebnis der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg am 4. Mai 1924<sup>106</sup>

	Stimmen	Prozent
SPD	59.076	35,90
DDP	14.297	8,49
Bürgerliche Einheitsliste (DVP/DNVP/Zentrum)	52.159	30,98
KPD	17.861	10,61
Völkisch-Sozialer Freiheitsblock	9.070	5,39
Deutsch-Soziale Partei	6.277	3,73
Republikanische Partei Deutschlands	2.063	1,22
Rentner Bund	4.103	2,44

Die beiden republiktragenden Parteien - SPD und DDP - mußten erdrutschartige Verluste hinnehmen. Ihnen wurden die wirtschaftlich-sozialen Probleme der Nachkriegszeit angelastet. Der rechtskonservative Bürgerblock war der Wahlsieger. Daneben hatten mit der KPD - die einen Teil der Anhänger der aufgelösten USPD, aber auch unzufriedene SPD-Wähler aufgefangen hatte - und dem Völkisch-Sozialen Freiheitsblock erstmals die Links- und Rechtsextremisten im Stadtparlament Einzug gehalten.

Entsprechend des Gemeindewahlgesetzes vom April 1923, das unter anderem die Zahl der Stadtverordneten nach oben begrenzte, legte ein am 28. Juni 1923 erlassenes Ortsstatut die Anzahl der Abgeordneten im Stadtparlament auf 66 fest. Dazu kam später ein weiterer Abgeordneter für das eingemeindete Diesdorf.<sup>107</sup> Die 66 Sitze verteilten sich wie folgt: 25 SPD, 25 Bürgerliche Einheitsliste, 6 DDP, 3 Völkisch-Sozialer Freiheitsblock, 7 KPD.

## Kommunale Rahmenbedingungen für den Schritt in die Moderne

Für den von einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister geführten Magistrat wurde die Amtsführung durch die Zusammenarbeit mit einer Stadtverordnetenversammlung, in der sich die Sitzverhältnisse bedeutend verändert hatten, schwerer. Beims und seine Mitstreiter konnten sich jedoch bei den grundlegenden kommunalpolitischen Aufgaben der Unterstützung der Magdeburger Wirtschaft, allen voran des Fabrikanten und Kaufmannes Carl Miller, sicher sein. Es ging in erster Linie darum, die Stellung der Stadt in jeder Hinsicht auszubauen und bisherige Defizite zu überwinden. Jetzt war die Gelegenheit gekommen, Pläne und Projekte der Vorkriegszeit, deren Ausführung in dem zurückliegenden Jahrzehnt nicht möglich gewesen war, aufzugreifen und entsprechend den neuen Ansprüchen gründlich zu überarbeiten. Dafür bildete eine wichtige Voraussetzung, daß in alle Dezernate und Ämter der Stadtverwaltung modernes Denken und Bereitschaft zu kreativem Handeln einzog. Noch immer hinterließen das Erbe ehemaliger geistiger Enge und militärischer Ausrichtung des Lebens während der über zweihundertjährigen Festungs- und Garnisonszeit sowie die angestauten Minderwertigkeitskomplexe, im Vergleich mit anderen preußischen Provinzmetropolen lediglich eine "Rumpf- Provinzhauptstadt zu sein, nicht nur im Rathaus, sondern in der gesamten Kommune Spuren. Klagen über ein "Hintenangestelltsein" und ein "schlechtes Behandeltwerden" haben sich auch in Publikationen der beginnenden zwanziger Jahre niedergeschlagen. So lesen wir in einer vom Magistrat, der Handelskammer und dem Verkehrsverein 1922 herausgegebenen Schrift, die "Drittel-Millionenstadt" sei seit ihrer Zugehörigkeit zu Preußen "in eine Stellung abseits vom Weltverkehr" gedrängt worden, "der Staat (Preußen M.W.) selbst nahm ihr Licht und Luft, behandelte sie stiefmütterlich." Er vergab die Universität nach Halle, das Oberlandesgericht nach Naumburg sowie den Landtag und die Generalsynode nach Merseburg. Unlängst - so wurde festgestellt - hätte sich ein preußischer Minister abfällig über das der Elbestadt fehlende geistige Klima geäußert, obwohl doch bekannt sei, daß gerade die Staatsregierung diesen Mangel zu



Stadtbaurat Bruno Taut

verantworten habe.<sup>109</sup> Eine zweite im selben Jahr erschienene Publikation stimmte zwar eingangs in das Wehklagen ein, indem sie die Festungszeit als eine ununterbrochene Leidenstrecke charakterisierte, in der Magdeburg seine "natürlichen Eigenschaften nicht recht zur Entfaltung bringen konnte", jedoch wurde gleichzeitig die Grundlinie der kommunalpolitischen Strategie des neuen Stadtreiments umrissen. Es hieß: "In schwierigen Zeiten wird man nicht vorwärts kommen mit Zagen und Zaudern. Nicht Passivität gegenüber den Anforderungen der Zeit, sondern besonnene und zähe Arbeit, mutiges Wagen kann bessere Zeiten bringen. Magdeburg hat sich aus mancher schweren Niederlage emporgearbeitet. Es wird auch die Folgen des Weltkrieges überwinden, und wenn seine Lenker sich ihrer Aufgabe bewußt sind, wird die alte Handelsstadt an der Mittelelbe zu einer großen neuen Blüte gedeihen."<sup>110</sup>



*Blick von der Johanniskirche auf den nordwestlichen Teil der Stadt*

Die Umsetzung dieses Programms hing wesentlich von den Persönlichkeiten an der Spitze der Magistratsverwaltung ab. Oberbürgermeister Beims hatte es verstanden, für ausscheidende besoldete Stadträte außerordentlich befähigte Mitstreiter zu gewinnen. Im Juli 1921 wurde der Berliner Architekt Bruno Taut als Stadtrat für Hochbau in sein Amt eingeführt. "Magdeburg brauche jetzt, wo es vor großen städtebaulichen Aufgaben stehe, eine abgeklärte, zielsichere Persönlichkeit..." betonte Beims.<sup>111</sup> Durch Einwände des Regierungspräsidenten gelang es damals leider nicht, wie ursprünglich vorgesehen, Taut für zwölf Jahre an Magdeburg zu binden. Für den in Pension gehenden, um das Bildungswesen hochverdienten Stadtschulrat Franke kam im Oktober 1921 der bisherige Schuldirektor Hans Löscher aus Stollberg/Erzgebirge an die Elbe. Weitere wichtige personelle Veränderungen während der Amtszeit von Hermann Beims gab es vor allem im Jahre 1927. Für den ausscheiden-

den Bürgermeister Albert Paul, der eine neue Aufgabe im Bankgewerbe übernahm, wurde im November der Stadtrat und Direktor des Statistischen Amtes Prof. Dr. Landsberg mit der zweiten Stelle in der Magistratsspitze betraut.

Landsberg, der seit 1904 im Dienst der Stadt stand, verantwortete gleichzeitig das Dezernat für Finanzen. Die Stadtratsstelle von Landsberg bekam der Syndikus Dr. Klewitz. Im selben Jahr wurde der bisherige Magistratsbau rat Göderitz für den bereits drei Jahre zuvor ausgeschiedenen Taut Stadtbaurat für Hochbau. 1926 waren Magistratsbaurat Götsch zum Stadtbaurat für Tiefbau und Dr. Konitzer zum Stadtmedizinalrat gewählt und eingeführt worden.<sup>112</sup>

Entwicklung des Gebietsumfanges der Stadt Magdeburg im Zeitraum von 1821 bis 1931 (in ha)<sup>114</sup>

Jahr	Gesamtfläche	bebaut	Straßen, Wege, Eisenbahn	Wasser	Wald
1821	2.424				
1875	3.391				
1900	5.548				
1910	10.803	1.022	1.226	583	
1920	10.809	1.257	1.312	561	
1925	11.578	1.377	1.357	560	
1928	12.798	1.455	887	753	604
1929	12.802	1.485	895	756	599
1931	12.805	1.511	898	789	599



*Strombrücke und Johanniskirche*

In diesen Jahren schieden zwei angesehene Mitglieder des Magistrats aus dem Leben. Ende des Jahres 1926 starb der Stadtschulrat in Ruhe Franke. Zehn Monate später wurde der Tod von Wilhelm Kobelt beklagt. Kobelt hatte sich in der Vorkriegszeit als Reichstagsabgeordneter mit Erfolg für die "Entfestigung" Magdeburgs eingesetzt und später als Dezernent des Schlacht- und Viehhofes viel für dessen Ausbau geleistet.<sup>113</sup>

Als wichtige Rahmenbedingungen für das kommunale Handeln nach dem Abflauen der Nachkriegskrise sollen die folgenden ausgewählten Fakten vorgestellt werden. Der Gebietsumfang der Stadt hatte sich durch Eingemeindungen und Landerwerb in über einhundert Jahren verfünffacht.

In den zwanziger Jahren gab es nur eine Eingemeindung, die Magdeburg neben nennenswertem Einwohnerzuwachs auch weiteren Baugrund in Aussicht stellte. Am 1. April 1926 erfolgte die Angliederung des unmittelbar vor der westlichen Stadtgrenze gelegenen Diesdorf mit 3.105 Bewohnern und 705 ha Grund und Boden.<sup>115</sup>

Zwei Jahre später ging ein lang gehegter Wunsch der städtischen Körperschaften, den Magdeburgern "auf eigenem Terrain" Wald und Wasser und damit bessere Erholungsmöglichkeiten zu bieten, in Erfüllung. Zum 1. Oktober 1928 erwarb die Stadt den Gutsbezirk Biederitz-Forst (12 Einwohner; 465,93 ha), den Gutsbezirk Zipkeleben (75 Einwohner; 323,25 ha) und eine zwischen der Kreuzhorst und Prester gelegene Enklave des Gutsbezirkes Pechau (21,72 ha). Zwei Monate danach konnte der Landerwerb mit dem Gutsbezirk Salbke-Kreuzhorst (405,57 ha) abgeschlossen werden. Magdeburg hatte sich östlich der Elbe um 1216,43 ha, davon 600 ha Wald, ausgeweitet.<sup>116</sup> Die größte Ausdehnung des Stadtgebietes betrug von Süden nach Norden 18,6 km, vom Osten nach Westen 13,2 km. Die Länge der Stromelbe wurde mit 19,8 km, die Alte Elbe mit 5 km vermessen. Den höchsten Punkt bildete der Frohser Berg mit 115 m über dem Meeresspiegel. Wer einmal um die Stadt zu Fuß gehen wollte, mußte 76 km zurücklegen.<sup>117</sup>

Bezogen auf die Einwohnerzahl nahm Magdeburg im Juni 1925 unter den deutschen Großstädten den 17. Platz ein. Es fällt auf, daß im Vergleich der zwanzig größten Städte die Bevölkerungszunahme seit 1910 den zweitschlechtesten Wert aufwies.<sup>118</sup> Der Prozentsatz der Elbestadt (5,1) lag um Längen hinter dem der führenden Großkommunen zurück. Dabei ist festzuhalten, daß aufgrund der herkömmlichen Methode der Bevölkerungserfassung die genaue Einwohnerzahl nicht exakt zu ermitteln gewesen war und so den offiziellen Angaben - auch der anderen Städte - nur ein begrenzter Aussagegrad zukommt. So kann heute nicht mehr festgestellt werden, wann Magdeburg endlich die begehrte 300.000-Einwohnergrenze erreicht hatte. Den Verlautbarungen des Städtischen Statistischen Amtes zufolge gelang das im Jahre 1930. Demnach gab es innerhalb von zwölf Monaten einen "Bevölkerungssprung" von 8.600 Personen. In Wirklichkeit kam jedoch erstmalig ein neues Erfassungssystem in Anwendung, nach dem statt 298.802

Einwohner - für den gleichen Zeitpunkt anhand der bisherigen "fortgeschriebenen Kartei" festgestellt - 307.935 Personen ermittelt worden waren. Unter Berücksichtigung der beachtlichen Fehlerquote ist anzunehmen, daß bereits Anfang der zwanziger Jahre die avisierte "Hürde" (300.000 Einwohner) übersprungen werden konnte. Trotzdem sollen dem Leser die offiziellen Angaben nicht vorenthalten werden.

Entwicklung der Einwohnerzahl der Stadt Magdeburg im Zeitraum von 1825 bis 1931<sup>119</sup>

Jahr	Einwohner	Jahr	Einwohner
1825	40.170	1923	297.694
1875	87.925	1924	297.754
1900	229.667	1925	297.020
1910	276.423	1926	298.025
1917	278.093	1927	298.803
1919	286.041	1928	299.624
1920	290.465	1929	299.330
1921	295.770	1930	307.935
1922	298.124	1931	308.922

Bei der Einwohnerentwicklung ist gleichzeitig die Mobilitätsquote von Bedeutung. Im folgenden soll auf einige Seiten der Wanderungsgewinne bzw. -Verluste näher eingegangen werden. Der Umfang des Zuzuges oder des Verlassens der Kommune hing im entscheidenden Maße von den wirtschaftlich-sozialen Verhältnissen ab. Wichtige Gründe für den Zuzug in die Großstädte bildeten der Wunsch nach besseren Lebens-

Zuzüge und Fortzüge von Personen im Zeitraum von 1920 bis 1929<sup>122</sup>

Jahr	Zuzug	Fortzug	Wanderungsgewinn oder -verlust	bezogen auf 1.000 Einwohner
1920	45.546	41.219	+4.327	+14,90
1921	36.009	34.560	+1.449	+4,90
1922	32.547	32.640	-93	-0,30
1923	26.501	28.515	-2.014	-6,80
1924	27.304	26.286	+1.018	+3,40
1925	29.004	29.014	-10	-0,03
1926	27.548	28.347	-790	-2,70
1927	30.522	30.227	+295	+1,00
1928	29.947	29.748	+199	+0,70
1929	29.245	29.390	-145	-0,50

bedingungen, günstigeren Arbeitsmöglichkeiten, höherer Lebensqualität und größerer persönlicher Freiheit. Vor allem in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs verstärkte sich die Wanderungsbewegung vom flachen Land in die Stadt, um in Krisenzeiten zu stagnieren oder in umgekehrter Richtung zu verlaufen.

Wie in allen deutschen Großstädten, so war es auch in Magdeburg der zwanziger Jahre schwierig, die Wanderungen der Bewohner - vom Wohnungswechsel innerhalb des Stadtgebietes wird hier abgesehen- festzustellen. Zwischen den in größeren Abständen durchgeführten Volkszählungen blieb als einzige halbwegs zuverlässige Möglichkeit das polizeiliche An- und Abmeldewesen. Dabei bereitete die exakte Ermittlung der Fortzüge Probleme, da jährlich ungefähr 5.000 Personen Magdeburg mit unbekanntem Ziel verließen.<sup>120</sup> Eine vom Magistrat in Auftrag gegebene Studie zu den Einwohnerbewegungen in den zwanziger Jahren hat es vermocht, diese Fehlerquelle weitgehend auszuschalten.<sup>121</sup>

Die Wanderungen der zwanziger Jahre lassen sich erst im Vergleich mit anderen Großstädten, aber auch mit vorangegangenen Zeitabschnitten der Stadtgeschichte einschätzen. Im Jahre 1927 wiesen von 26 Städten mit mehr als 200.000 Einwohnern 12 Kommunen höhere Zuzugsziffern aus. Magdeburg lag etwas über dem Durchschnitt.<sup>123</sup> Einen Zuzugsboom hatte es mit 29.037 Personen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gegeben. Dagegen konnte zwischen 1890 und 1910 lediglich ein Plus von 222 Personen registriert werden, dem jedoch ein Geburtenüberschuß von 50.633 Personen gegenüberstand. Der Wanderungs-

gewinn in den ersten Nachkriegsjahren war fast ausschließlich auf den Zuzug von 5.139 Deutschen zurückzuführen, die aufgrund der im Versailler Friedensvertrag verfügten Geburtenverluste im Osten ihre Heimat verlassen hatten.<sup>124</sup>

Wenn man vom Krisenjahr 1923 absieht, so hielten sich die Zu- und Abwanderungen in den zwanziger Jahren fast die Waage. Es soll auch noch darauf verwiesen werden, daß das während des Krieges erfolgte verstärkte Eindringen der Frauen in das Erwerbsleben und die damit errungene Selbständigkeit und Beweglichkeit sich bei den Wanderungen in einer fast völligen Parität der Geschlechter niedergeschlagen hat. Dabei ist der hohe Anteil der Frauen an den aus dem Umland



Das Schloß-Café auf dem Breiten Weg



Hauptbahnhof

Magdeburgs kommenden bzw. dort hinziehenden Personen augenfällig. Das belegt auch eine Analyse der Wanderungsrichtungen für das Jahr 1929.

Herkunft und Ziel der Wanderungen im Jahre 1929<sup>25</sup>

Herkunft und Ziel	auf 100 Zugezogene entfallen			auf 100 Fortgezogene entfallen		
	männl.	weibl.	gesamt	männl.	weibl.	gesamt
umliegende Landkreise	21,64	33,89	27,71	18,37	29,98	24,12
andere Regionen der Provinz Sachsen	20,50	21,16	20,82	19,46	20,63	20,04
Berlin	6,99	5,15	6,08	9,37	6,68	8,04
andere Großstädte	16,32	10,14	13,26	17,24	11,68	14,49
sonstiges Gebiet	31,35	27,34	29,37	24,50	25,63	25,06
Ausland	2,75	2,24	2,50	3,29	3,20	3,24
auf Reisen	0,44	0,08	0,26	7,77	2,20	5,01

Im folgenden ausgewählte Angaben zur sozialen Schichtung und konfessionellen Bindung der Einwohnerschaft, Grundlage dafür bildete eine Erhebung des Städtischen Statistischen Amtes aus dem Jahre 1925.

Soziale Schichtung der Wohnbevölkerung der Stadt Magdeburg 1925<sup>1</sup>

Soziale Schicht	Erwerbstätige	in%	Erwerbstätige und Angehörige	in%
Selbständige	19.157	13,77	42.498	14,46
Beamte und Angestellte	44.057	31,65	82.163	27,95
Arbeiter	65.533	47,08	125.182	42,59
mithelfende Familienangehörige	3.241	2,33	3.304	1,12
Hausangestellte	7.198	5,17	7.709	2,62
Personen ohne Beruf bzw. ohne Berufsangabe			33.103	11,26

Aufschlüsselung der Erwerbstätigen nach dem Geschlecht (in Prozent)<sup>127</sup>

	Männer	Frauen
Selbständige	78,42	21,58
Beamte und Angestellte	72,68	27,32
Arbeiter	78,44	21,56
mithelfende Familienangehörige	12,84	87,16
Hausangestellte	1,01	98,99

Der Vergleich mit anderen Großstädten zeigt, daß der Anteil der Beamten, Angestellten und Arbeiter an der Wohnbevölkerung im Durchschnitt lag, während die Selbständigen ungewöhnlich schwach repräsentiert waren.

Die konfessionelle Zusammensetzung der Bürgerschaft in "Unseres Hergotts Kanzlei" überrascht nicht. 249.462 Magdeburger waren evangelisch, 13.860 Personen katholisch. In der Stadt lebten weiterhin 4.497 Christen einer anderen Konfession, 2.356 Juden und 23.784 Menschen, die keiner Kirche angehörten oder einen anderen Glauben hatten.<sup>128</sup>

## Neues Bauen und das Bemühen um ein zukunftsweisendes Gemeinwesen

Führende Männer des Magistrats und im Dienste der Stadt stehende Architekten haben in den zwanziger Jahren eine Standortbestimmung des Baugeschehens der Vorkriegszeit vorgenommen und Anforderungen an den modernen Städtebau formuliert. In dem Vorwort zu einer Publikation über das Wohnungswesen der Stadt Magdeburg skizzierte der Oberbürgermeister die bei seinem Amtsantritt 1919 vorgefundene Lage. Als - so Beims - nach 1890 die Mauern und Wälle fielen, die Zeit "der wildesten Bodenspekulationen" um den freigewordenen Baugrund begann, "entstanden jene auf Gewinn zielenden Mietskasernen, die skrupellos jeden Quadratmeter Bodenfläche ausnutzen, ohne auf Gesundheit und Wohnlichkeit für die Mieter irgendwelche Rücksichten zu nehmen. So entstanden neben den schmutzigen, engen und dunklen Mietswohnungen in den Festungsgassen jene abscheulichen licht- und luftlosen Wohnkasernen in der Innenstadt und den Vorstädten". Der damalige Stadtverordnete wußte sich an das Jahr 1910 zu erinnern, als versucht wurde, ein städtisches Erbaurecht und damit billigen Baugrund für gesunde Wohnungen zu schaffen. Die übermächtige Gruppe privilegierter Hausbesitzer brachte einen entsprechenden Antrag der kleinen sozialdemokratischen Fraktion zu Fall. Drohend sagte einer ihrer Vertreter: "Wenn Sie da draußen 500 Wohnungen auf billigem Gelände bauen, so werden dadurch die Mieten in der

Magdeburg Alter Markt



Alter Markt



Hinterhof Brauehirschstraße

Altstadt sinken. Dazu bieten wir nimmermehr unsere Hand.<sup>129</sup> Bei dieser Haltung bedeutender Kreise der besitzenden Schichten verwundert es nicht, daß bis zum ersten Weltkrieg der an sich umfangreiche Wohnungsbau in der Elbestadt - beispielsweise 1912 191 Häuser mit 1.583 Wohnungen; 1913 158 Häuser mit 1.134 Wohnungen<sup>130</sup> - weiterhin unzumutbare Unterkünfte schuf. "Es ist erschütternd für jeden mitfühlenden Menschen, wenn man ihm zeigt, in welchem lebenszerstörenden und zermürbenden Wohnelend Zehntausende Mitmenschen zu hausen gezwungen sind. ... Wir wollen bauen so viele, so gute, so gesunde Wohnungen, wie unsere Kräfte nur irgendwo gestatten. Wir wollen schnell bauen. Vieles mußten wir erst lernen; wir versäumten manches. Das soll und muß nachgeholt werden! Gesunde, sonnige, freundliche Wohnungen schaffen, das ist die beste, wirksamste Medizin gegen die Zeitübel", lautete das Credo des Oberbürgermeisters.<sup>131</sup>

Die Fachexperten ordneten die von Beims formulierte Aufgabe in die Überlegungen zu einer umfassenden Modernisierung der Kommune ein. Für den Magistrats- und späteren Stadtbaurat Johannes Gödelitz bildete die Stadt kein Museum, sondern "die Forderungen des Tages setzen sich gebieterisch durch, und die Aufgabe besteht eben darin, auch hierbei die Form zu meistern. Die alte Stadt (vor 1631 M.W.) war darum schön gebaut, weil sie aus dem Geiste ihrer Zeit, nach deren Bedürfnisse geschaffen wurde .... Darum kann unsere heutige Stadt ebenso schön und vollkommen sein wie die alte, wenn sie aus dem Geiste unserer Zeit, nach unseren Notwendigkeiten gebaut oder umgestaltet wird."<sup>132</sup>

Der radikalste Reformier unter den Stadtplanern und Architekten war Bruno Taut, der auf hohem Niveau konzeptionelles Vorausdenken mit Tatwillen verband. Für Taut war Magdeburg das "Stiefkind unter den deutschen Städten seiner Größe".<sup>133</sup> Wenn ihn auch die Mietskasernenviertel, in denen die Straßen "in ihrer gleichmäßigen Öde mit den Häusern harmonisieren", schockierten, so sah er jedoch in dem seit 1890 begonnenen, zwischen 1908 und 1912 verstärkt fortgesetzten Abbruch des Festungsgürtels große Möglichkeiten für den zukünftigen Ausbau.<sup>134</sup> Vor allem ging es ihm um die Bereitstellung von Baugrund, "der ein Zukunftsstreben tragen kann".<sup>135</sup> Die Stadt sollte sich zum Fluß öffnen, und das östliche Ufer der Stromecke mußte in die ins Auge gefaßte Erweiterung einbezogen werden. Eine wichtige Voraussetzung für die Erarbeitung eines städtebaulichen Gesamtkonzeptes und dessen Umsetzung war die Reorganisation der Bauverwaltung. Bereits wenige Tage nach dem Amtsantritt begann Taut, das Hochbauamt umzustrukturieren. Es entstanden die Abteilungen Neu- und Umbauten, Verwaltung und Unterhaltung der städtischen Altbauten, Städtebau und Siedlungswesen (seit 1923 Stadterweiterungs- und Siedlungsamt) und das Vermessungsamt.<sup>136</sup> Aufgabe des Hochbauamtes sollte es sein, den Ausbau Magdeburgs zu einem modernen großstädtischen Ensemble, zu einem Verwaltungs-, Wirtschafts-, Handels- und Kulturzentrum im mitteldeutschen Raum zu planen und die spätere Verwirklichung des Gesamtkonzeptes zu führen.

Taut war bewußt, daß viel Aufklärung in der Bevölkerung vonnöten sein würde, denn "uns sieht der Mietskaserneninsasse und Asphalttreter als bedauernde Idealisten und Utopisten an, die nicht mit beiden Füßen auf der Erde stehen".<sup>137</sup> Um seine Ideen und Entwürfe nicht nur den Fachleuten, sondern in erster Linie den Bürgern nahezubringen, entschloß sich der rührige Stadtbaurat zur Herausgabe einer Zeitschrift. Im Herbst 1921 erschien das erste Heft des "Frühlicht. Eine Folge für die Verwirklichung des Neuen Baugedankens".<sup>138</sup> Mutig nahm Taut eine nüchterne, für den Teil der Bürgerschaft, der im angestaubten heimatischen Traditionalismus schwelgte, befremdliche Standortbestimmung vor, indem er einleitend feststellte: "Von Magdeburg nimmt ein "Frühlicht seinen Lauf.



Weißgerberstieg (1930)



*Der Dom und seine Umgebung*

Es mag vermessen klingen und auch sein, besonders im Hinblick auf das Urteil über diese Stadt". Der Stadtbaurat wollte der Kommune mit ihren Einwohnern die große Chance eines echten Neuanfangs und Aufbruchs signalisieren, denn für ihn war das bisherige Baugeschehen "in völliger Ratlosigkeit" erfolgt. Einen Anknüpfungspunkt für das Selbstbewußtsein konnte er nur in der Anlage des Domes und seiner Umgebung finden, während ihn das sonstige ungeordnete "Steinwarr" an ein großes leeres Gefäß erinnerte.<sup>139</sup> In einer anderen Publikation stellte Taut fest, in der Baugeschichte Magdeburgs geht es darum, zu untersuchen, "inwieweit Baustoffe nicht bloß den Massen nach aufeinander geschichtet, sondern inwieweit sie zu einer vollkommen überzeugenden Form gestaltet [worden] sind."<sup>140</sup> Der mit derartigen Feststellungen bewußt gewollte Schock sollte die städtischen Körperschaften, die Männer der Politik, Wirtschaft und des öffentlichen Lebens aufrütteln, sie für moderne Kommunalplanung und -entwicklung zugänglich machen. Daher wurden in den drei "Frühlicht"-Heften auch dementsprechende Projekte vorgestellt.<sup>141</sup>

Aufgrund der prekären Finanzlage Anfang der zwanziger Jahre waren Taut und seinen Mitarbeitern bei der Umsetzung geldaufwendiger Projekte die Hände gebunden. Um dennoch ein allen Bürgern sichtbares Zeichen für Veränderungen, für ein Aufbegehren gegen die Eintönigkeit der Häuserzeilen und gegen den Verfall der Bausubstanz zu setzen, überzeugte der Stadtbaurat Grundstückseigentümer, die grauen Hausfassaden zu beleben, um so der City ein freundlicheres Antlitz zu geben. Die Farbe sollte zu einem wichtigen architektonischen Faktor werden. Als Vorbild konnte Taut auf eine Siedlung im Süden der Stadt verweisen. Hier hatte er bereits in der Vorkriegszeit der Bitte der Gartenstadtgesellschaft Kolonie "Reform" entsprochen, den begonnenen Bau der Anlage weiterzuführen. Um die Fassaden der einfachen kleinen Häuser zu

beleben, kamen Taut und die Siedler überein, sie kanariengelb, himmelblau, schokoladenbraun bzw. dunkelrot anzustreichen. Der "Bunte Weg" in Reform weckte schon damals das Interesse vieler Bürger.

Ende August 1921 rief der Stadtbaurat in der Lokalpresse "zum farbigen Bauen" auf.<sup>142</sup> Unverzüglich ließ er ein Beispiel im Rathaus setzen. Als die Stadtväter aus den Sommerferien zurückkamen, fanden sie das Truppenhaus und die Korridore in hellen Farben vor.<sup>143</sup> Anschließend erfolgte die "modernistische Außenbemalung" des Gebäudes.<sup>144</sup> Die von Taut ausgelöste Aktion "Schutz dem Breiten Weg" sollte die Hauptgeschäftsstraße mit ihrer teilweise barocken Bausubstanz vor weiterem Verfall und drohendem Abbruch bewahren. Für ein "farbiges Barock" standen das Haus Breiter Weg Nr. 1 und der "Preußische Hof". Beispielgebend wurde die expressionistische Bemalung des Warenhauses der Gebrüder Barasch durch Oskar Fischer sowie der Normaluhr



*Von Carl Krayl bemalte Normaluhr am Wilhelmsplatz (1921)*



Expressionistische Bemalung des Warenhauses der Gebrüder Barasch am Breiten Weg durch Oskar Fischer

und mehrerer Kioske durch Carl Krayl. Ende des Jahres 1922 zählte man ungefähr einhundert farbig angestrichene Bauten. Die Stadt hatte sich ein Markenzeichen gegeben. Das "Bunte Magdeburg" wurde zum Ausgangspunkt der "Bewegung für farbige Architektur" in ganz Deutschland.<sup>145</sup> Die Berichte in der Presse lockten Kunstsachverständige und Fremde an. Die städtischen Körperschaften bemühten sich, die Attraktion als Touristenmagnet zu nutzen. So gab der Magistrat einen "Führer zur Besichtigung der Hausbemalungen" heraus.<sup>146</sup>

Das "Bunte Bauen" wurde auch unter den Magdeburgern Tagesgespräch. Dabei waren die Meinungen geteilt. Mitglieder der kunstpflegenden Vereine und dem Modernen aufgeschlossene Bürger stellten sich hinter die "Buntarchitekten". Die im Altergebrachten tief Verwurzelten waren empört. Der um sich greifende Unwille wurde durch die nicht immer glückliche Auswahl der Objekte für eine Bemalung genährt. So fanden die im Innern und Äußeren des Schinkelbaus am Klosterberggarten angebrachten Ab-

strakta wenig Freunde.<sup>147</sup> In der Lokalpresse häuften sich die kritischen Stimmen. Die Organisation der Hausbesitzer, der Geschichtsverein und der Architekten- und Ingenieurverein verfaßten Eingaben. In der Stadtverordnetenversammlung am 17. November 1921 machten sich mit Dr. Zehle und Franz Seldte Vertreter der rechtskonservativen Parteien zum Sprecher derer, die der vom Hochbauamt betriebenen Verschönerung der Stadt kein Verständnis entgegenbrachten und das Ende derartiger Aktivitäten verlangten. Wenn auch die Mehrheit des Stadtparlaments Taut, der alle Anschuldigungen in der Debatte zurückgewiesen hatte, für sein bisheriges Wirken dankte und ihm volles Vertrauen aussprach<sup>148</sup>, so nahm der Widerstand gegen ihn, Carl Krayl und andere in den folgenden Jahren ständig zu. Beispielsweise übte ein Prof. Heyn im Oktober 1923 in einem vom Architekten- und Ingenieurverein organisierten Vortrag scharfe Kritik an den bemalten Hausfassaden, weil sie die Einheit der Architektur zerstören würden. Ende des Jahres gab Taut auf und verließ enttäuscht Magdeburg. Seine Mitarbeiter, vor allem Johannes Göderitz, der sich dem öffentlichen Kommunalbau widmete, Carl Krayl (Wohnungsbau) und Konrad Rühl (Stadtplanung) setzten das Begonnene fort.

Die drängendste kommunale Aufgabe der Nachkriegszeit bildete der Wohnungsbau. Dazu benötigte man Grund und Boden. Die Stadt, die ein Viertel des Gemeindegebietes besaß, war bemüht, die leider sehr verstreut liegenden Flächen durch eine zielgerichtete Ankaufspolitik abzurufen. Obwohl seit 1919 Bewegung in den Grundstücksmarkt gekommen war, konnten bei den hohen Bodenpreisen nur begrenzte Erfolge erreicht werden.<sup>149</sup> Beispielsweise hatte im Auftrage des Magistrats Stadtrat Dr. Mende im November 1918 mit Vertretern der Siedlungs-Gesellschaft "Sachsenland" beraten, um kurzfristig in der Nähe der Kolonie "Hopfengarten" 1.000 Kleinwohnungen errichten zu lassen. Jedoch ließen Verhandlungen mit dem Grundeigentümer - Kloster Unser Lieben Frauen - keine schnelle Lösung erwarten.<sup>150</sup>

Bereits während des Krieges mußten sich die städtischen Körperschaften der Behebung des Wohnungsmangels stellen. Bei der fast völlig ruhenden Bautätigkeit nahm die Wohnungsnot ständig zu, da die Rüstungsindustrie weitere Arbeitskräfte aus den Dörfern in die Stadt gezogen hatte. Der Magistrat gewährte Hausbesitzern Darlehen, wenn sie bereit waren, leerstehende Räume oder Dachgeschosse zu Wohnun-



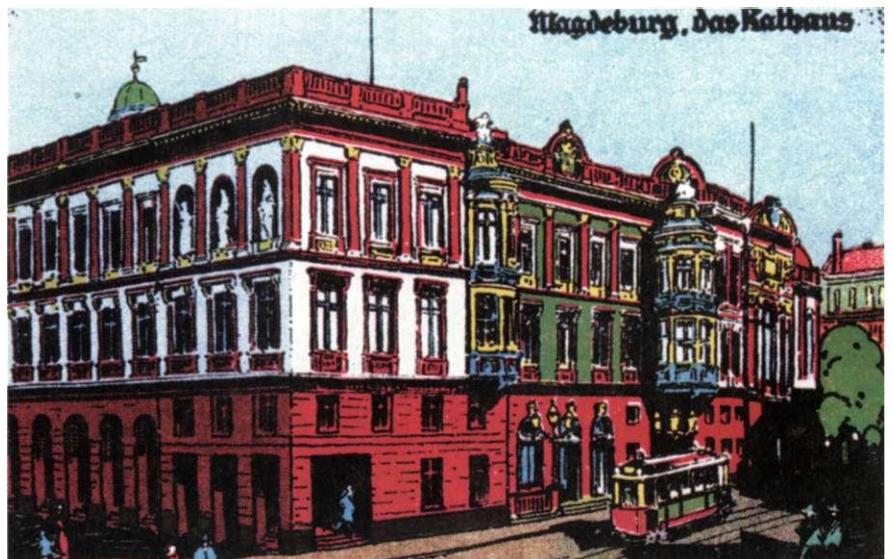
Werbung für das "Bunte Magdeburg"



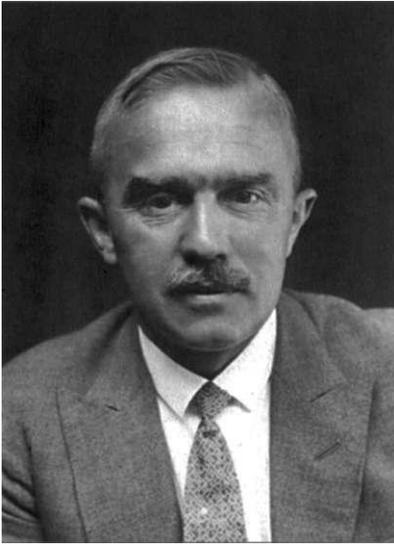
Das "Bunte Rathaus"

gen umzubauen. Unter Inanspruchnahme städtischer Finanzen entstanden einige Baracken, so im letzten Kriegsjahr 18 Wohnhausbaracken mit 226 Notbehelfswohnungen.<sup>151</sup> Das Wohnungsamt richtete den Wohnungsnachweis ein. Entsprechend einer Polizeiverordnung war jeder Hauswirt verpflichtet, freie Wohnungen, Schlafstellen und möblierte Zimmer zu melden.<sup>152</sup> Wegen der großen Obdachlosigkeit mußten ab April 1919 auch alle Hotels und Pensionen erfaßt werden. Mit dem Inkrafttreten der Reichs-Wohnungsmangelverordnung vom September 1919 begann eine generelle Zwangsbewirtschaftung des vorhandenen Wohnraumes. Danach konnte kein Gebäude bzw. Gebäudeteil abgerissen werden. Alle Räume, die bis zum Herbst des Vorjahres - die Reichswohnungszählung vom Mai 1918 hatte in Magdeburg 78.836 "bewohnbare" Unterkünfte ermittelt<sup>153</sup> - als Wohnung genutzt worden waren, durften nicht anderweitig in Anspruch genommen werden. Appelle des Magistrats, die zur Abwanderung aufriefen und vom Zuzug abrieten, blieben wirkungslos. Im März 1923 erließ die Stadtverwaltung sogar Richtlinien, nach denen Prämien für das Freimachen von Wohnraum und für das Zusammenziehen mehrerer Familien gezahlt werden sollten.<sup>154</sup>

Alle Maßnahmen und Verfügungen konnten jedoch den akuten Notstand nicht beheben. Das Gegenteil war der Fall. Hatte man während des Krieges einen ungefähren Bedarf von 4.000 Unterkünften ermittelt, so fehlten 1922 bereits 9.000 Wohnungen. Es mußte gebaut werden, aber dafür mangelte es am Geld. In den ersten Nachkriegsjahren bewegte sich das Baugeschehen



Werbung für das "Bunte Magdeburg"



Der Vorsitzende des "Vereins für Kleinwohnungswesen" Willy Plumbohm

in einem sehr bescheidenen Rahmen. Zwischen 1918 und 1921 wurden bei Inanspruchnahme von Darlehen des Reiches zwischen 600 und 950 Neubauwohnungen, davon über die Hälfte sogenannte Notwohnungen, errichtet.<sup>155</sup> Schwer lastete auf der Kommune die Unterhaltung der ihr gehörenden Häuser und Gebäude, die an rund tausend Geschäftsinhaber und Familien vermietet waren. Magistratsbaurat Gödelitz schrieb: "Die jetzige Wohnungsnot zwingt aber, auch die elendsten Behausungen

bestehen zu lassen, und so ist die Stadt in der traurigen Lage, zur Erhaltung von Gebäuden, die dem Verfall geweiht sind, erhebliche Mittel aufwenden zu müssen".<sup>156</sup> Der insgesamt unhaltbare Zustand setzte die städtischen Körperschaften immer mehr unter Druck. Im Juni 1922 legte der Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung ein Wohnungsbauprogramm für zehn Jahre vor. Zur Behebung der Wohnungsnot und in Erwartung weiterer Behörden- und Industrieansiedlungen in Magdeburg sollten jährlich 900 Wohnungen entstehen. Die Magistratsvorlage schränkte selbst ein, daß die Zielstellung wegen des fehlenden Geldes augenblicklich nicht zu verwirklichen sei.<sup>157</sup>

Nach der Besserung der allgemeinen Lage stand einem mit öffentlichen Mitteln subventionierten sozialen Wohnungsbau nichts mehr im Wege. Auf der Grundlage der vom Reich und vom Staat Preußen geschaffenen rechtlichen Voraussetzun-

gen übernahmen die Kommunen dessen Ausführung.<sup>158</sup> In Magdeburg sahen sich die städtischen Körperschaften nicht in der Lage, die Aufgabe des Bauherren zu übernehmen. Daher kam es zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den meistens vor dem Kriege entstandenen gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften. Es gab 16 Bauvereinigungen, so den "Spar- und Bauverein", den "Mieter-Bau- und Sparverein", die "Gartenstadtgesellschaft Kolonie Reform", die "Gemeinnützige Baugenossenschaft", die "Baugenossenschaft für Kleinwohnungen Farmersleben", die "Heimstättenbaugenossenschaft Magdeburg", die "Heimag". Bereits 1921 hatten sich die Genossenschaften zum "Verein für Kleinwohnungswesen G.m.b.H." zusammengeschlossen, dessen Leitung der Sozialdemokrat Plumbohm übernahm. Die Stadt wurde unter finanzieller Beteiligung der Gesellschaften. Das vom Magistrat bereitgestellte Geld wurde durch die entsprechend einer Verordnung des Staates Preußens vom 1. April 1924 erhobene Hauszinssteuer und eine Kommunalsteuer, die Wohnungsbaubgabe, aufgebracht. Nach dem Ende der Inflation stiegen die so erzielten Einnahmen, die den Genossenschaften als günstig verzinsten Darlehen gewährt wurden, auf jährlich mehrere Millionen Mark (1927 5,5 Millionen Mark) an.<sup>159</sup> Mit Eigenkapital, Krediten der Stadtparkasse und Arbeitgeberdarlehen waren die Genossenschaften, die das benötigte Bauland im Erbbaurecht von der Stadt erhielten, nun in der Lage, ein großzügiges Bauprogramm in Angriff nehmen zu können. Sie wurden zum Träger des "Neuen Bauwillens". Zwischen 1925 und 1930 betrug ihr Anteil am Wohnungsbau der Stadt zwischen 90 und 95 Prozent. Die von der "Neuen Sachlichkeit" geprägten, weitgehend in der modernen Kubusform ausgeführten Hausreihen brachten im Vergleich mit den Mietskasernen der Wilhelminischen Ära den Bewohnern - meist Beamte, Angestellte und Arbeiter - Luft, Licht, Sonne sowie bessere Sanitäranlagen. Sie waren eingebettet in Gärten, Rasen und Baumreihen.

Der erste Komplex - die spätere "Hermann-Beims-Siedlung" (Architekten: Gauger, Zabel, Rühl) entstand zwischen 1925 und 1928 an der Großen Diesdorfer Straße. Die hier gebauten 2.100 Wohnungen sind eines der frühesten und zugleich überzeugendsten Beispiele des modernen Massenwohnungsbaus in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Weitere Siedlungen folgten an der Berliner Chaussee (1927-1930, 800 Wohnungen, Architekten: Worm, Krayl), in Westerhüsen (1927-31, Architekten: Rühl, Gauger), Brückfeld zwischen Cracauer Straße und Büchnerstraße (1928-30, 400 Wohnungen, Architekten: Krayl, Göderitz, Wahlmann) und Neustadt - die Bancksche Siedlung (1929-31, 450 Wohnungen, Architekten: Krayl, Göderitz, Wahlmann).<sup>160</sup>



Hermann-Beims-Siedlung

Im kommunalen Wohnungsbau setzte Magdeburg in dem Nachkriegsjahrzehnt national und auch international die Maßstäbe. Von 1919 bis 1932 entstanden über 12.000 Wohnungen für 42.000 Menschen.<sup>161</sup> Trotzdem blieb bei der ständigen Zunahme der Einwohner - Ende 1931 lebten in der Stadt 308.922 Personen - die Wohnraumsituation weiterhin sehr angespannt. Im Jahre 1927 hatte das Statistische Amt der Stadt 7.000 wohnungslose Haushalte erfaßt.

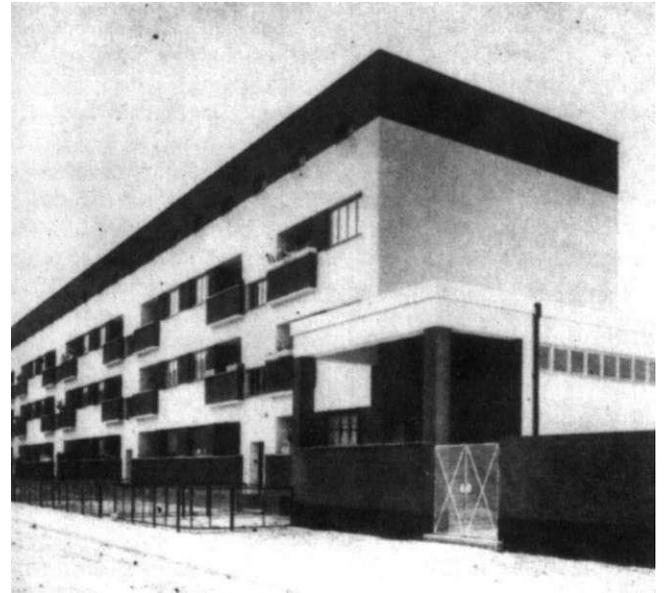
Kommunaler Wohnungsbau  
in der Stadt Magdeburg (1919-1932)<sup>16</sup>

Jahr	fertiggestellte Wohnungen	Jahr	fertiggestellte Wohnungen
1919	81	1927	1.545
1920	188	1928	1.657
1921	173	1929	1.985
1922	280	1930	2.000
1923	230	1931	1.100
1924	252	1932	300
1925	1.013		
1926	1.131		
<b>gesamt:</b>	<b>12.167</b>		

Zwischen den modernen Siedlungen und den Altbauten - in denen nach wie vor die meisten Arbeitnehmer lebten - klappte die Wohnqualität weit auseinander. Nicht von ungefähr stellte der Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung fest, "daß er über die Zustände in sehr vielen Arbeiterquartieren grauenerregende Mitteilungen erhalten habe".<sup>163</sup> Besonders große Sorgen bereitete die Altstadt. Entsprechend einer vom Magistrat in Auftrag gegebenen Untersuchung waren hier von 1.520 Wohngrundstücken mit ungefähr 12.600 Wohnungen mehr als ein Viertel abbruchreif und ein noch größerer Teil als höchst ungesund eingestuft worden. Eine im Jahre 1927 von der Stadt herausgegebene Publikation beschrieb das Wohnungselend in der Altstadt.<sup>164</sup> In den eng bebauten Straßenzeilen überwogen Häuser mit zu niedrigen Räumen. Die Wände waren feucht, das Fachwerk oft angefault, Höfe von einer Größe zwischen 6 und 20m<sup>2</sup> die Norm. 2.197 Wohnungen wurden als überbelegt eingestuft, 1.498 Unterkünfte

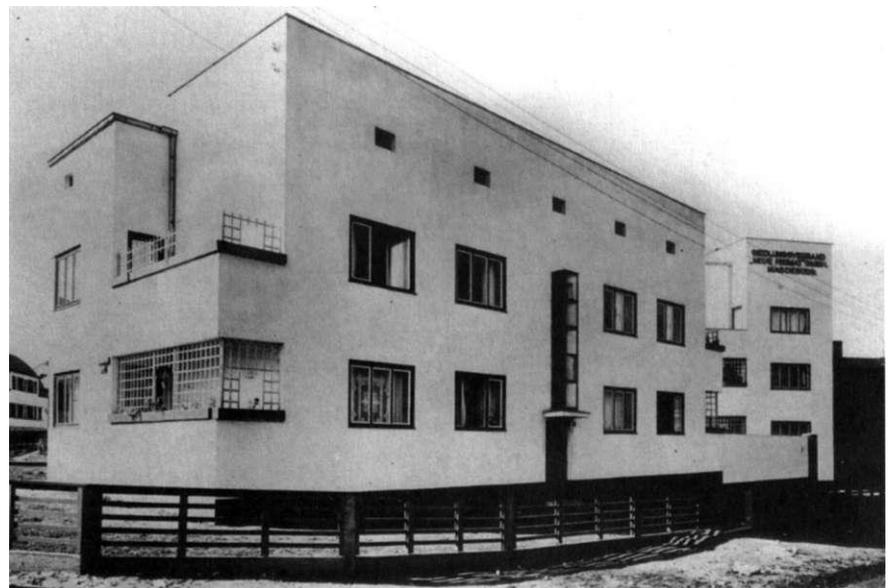
besaßen keine Küche. In 1.636 Fällen mußten 3 Familien eine Toilette - von denen sich 676 auf dem Hof befanden - benutzen. Auf 431 Grundstücken kam auf 5 bis 8 Haushalte ein Abort. Ein im September 1932 vom Stadtbaurat Göderitz vorgelegter Sanierungsplan für die Altstadt - der das Projekt zum Schwerpunkt des Arbeitsbeschaffungsprogramms machen wollte - nannte die Dinge beim Namen. Göderitz verlangte unverzügliches Handeln und erwartete befriedigende Ergebnisse "nur durch radikale Maßnahmen, nämlich die Niederlegung ganzer Stadtviertel, mindestens von Straßen oder Baublocks..."<sup>165</sup>

Die in den zwanziger Jahren spürbar zugenommenen behördlich-kommunikativen und wirtschaftlich-sozialen Erfordernisse, aber auch die gewachsenen Ansprüche an das Image und Prestige der Stadt verlangten nach neuen, modernen Kommunalbauten. Diesbezügliche Entwürfe und Projekte lagen in den Schreib-

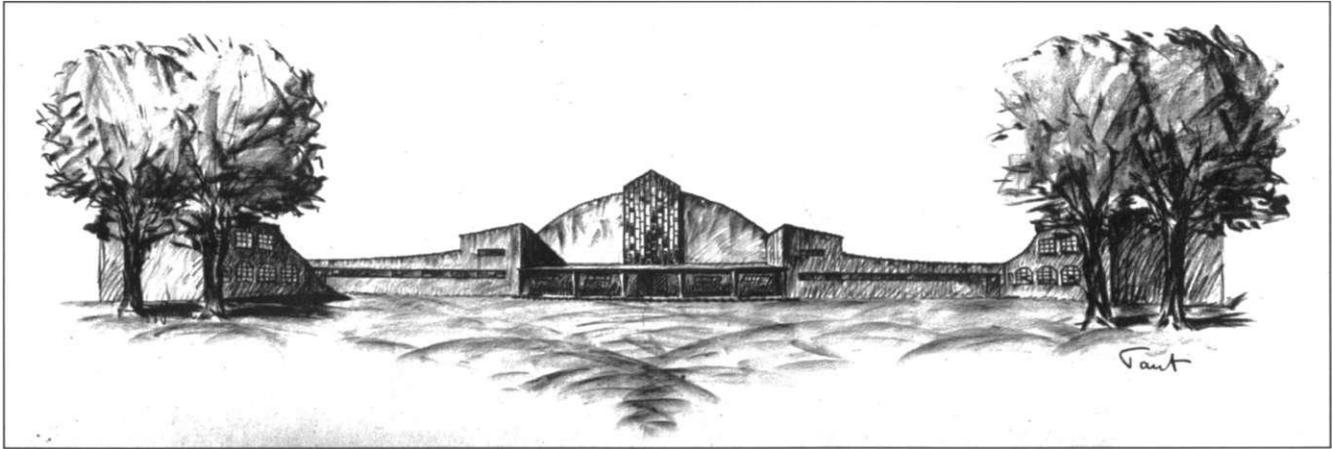


Siedlung an der Berliner Chaussee

tischen des Hochbauamtes, konnten jedoch wegen des Geldmangels der öffentlichen Hand nur zögernd in Angriff genommen werden. Dringend erforderlich waren Markt- und Ausstellungshallen, um Magdeburgs Stellung im Umschlag mit Vieh und agrarischen Produkten sowie als Einkaufszentrum landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen nicht zu gefährden. Im Jahre 1922 entstand als erster kommunaler Großbau der Nachkriegszeit die von den Architekten Taut und Göderitz entworfene "Halle Land und Stadt". Der langgestreckte Bau wird von einer Eisenbetondecke skeletthaft überspannt. Auch die während des Krieges und in der Inflationszeit unterbliebene Modernisierung der für die Versorgung der Bevölkerung wichtigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen setzte nun ein. Dazu zählten auf dem Schlacht- und Viehhof die Kleinviehmarkthalle (1923), die Großviehmarkthalle (1924), der Kohlenbunker (1924) und die Viehmarkthalle (1926). Die Städtischen Gaswerke ließen ein neues Apparatehaus (1926) er-



Siedlung "Neue Heimat in Westerhüsen"



Skizze der "Halle Land und Stadt" von Bruno Taut

richten. Zu den klar gegliederten Zweckbauten jener Jahre gehören auch das Bürogebäude des Städtischen Elektrizitätswerkes (1923), das Umspannwerk Buckau (1926) und der Chirurgische Pavillon im Krankenhaus Sudenburg (1926).<sup>166</sup>

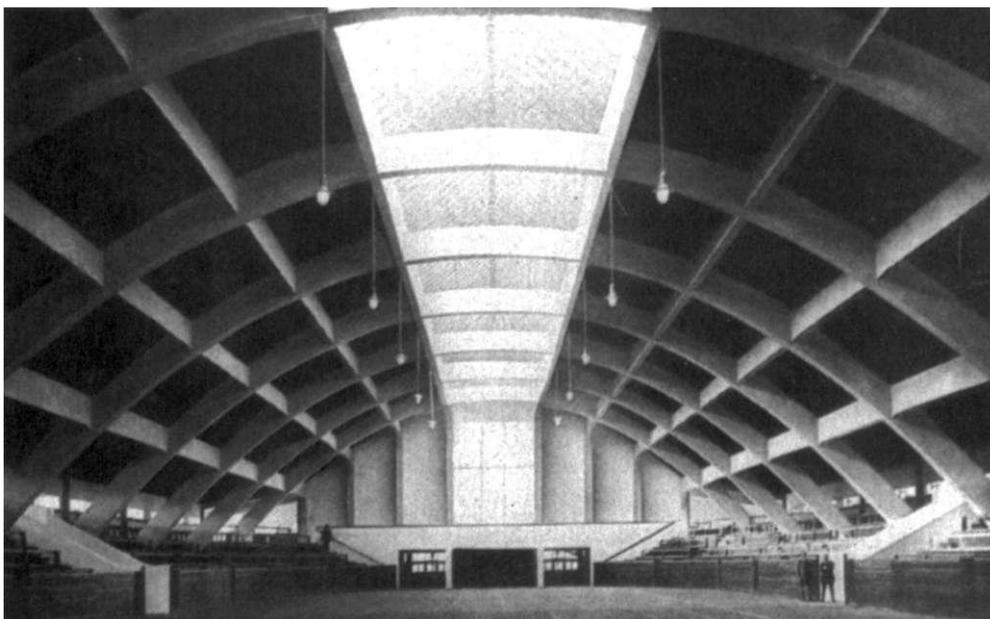
Da 90 Prozent der Wohnungen in der Elbestadt kein Bad besaßen, beförderte der Magistrat die Errichtung von öffentlichen Volksbädern. In Südost (1926) und in der Sudenburg (1928) entstanden asymmetrisch angelegte, rationell ausgerichtete Baukörper als herausragende Beispiele der neuen Zweckarchitektur, denen mit der würfelförmig gestalteten Versuchsschule am Sedanring und der eingeschossigen Volksschule in Rothensee (1925) - beide von Göderitz - zwei richtungweisende Bauten für ein "Neues Lehren und Lernen" zur Seite gestellt worden sind.

Die meisten architektonischen Schöpfungen des Hochbauamtes sind klinkerausgefachte bzw. -verkleidete, mit viel Glas versehene Stahlbetonbauten, bei denen die konstruktiven Möglichkeiten von Eisenbeton und Stahlskelett bewußt genutzt worden sind. Dafür stehen als die drei bedeutendsten Einzelbau-

ten der Elbestadt in den zwanziger Jahren die Allgemeine Ortskrankenkasse an der Lüneburger Straße, das Fernmeldeamt an der Listemannstraße und die Stadthalle im Rotehompark.

Der von Carl Krayl und Max Worm entworfene, 1926/27 ausgeführte dunkelrote Klinkerbau der Ortskrankenkasse zeichnet sich vor allem durch das vertikale Strebepfeilersystem und die in der Mitte des Bauwerks eingefügte breite Glaswand aus. Das in den Jahren 1925 bis 1927 errichtete Fernmeldeamt ist ein kubischer, im strengen Pfeiler-Fenster-Reiler-Rhythmus gegliederter, unter Nutzung gesinterter Klinker ausgeführter Baukörper, der über dem Eingangsbereich mit plastischen Arbeiten von Fritz Maenicke und Max Roßdeutscher geschmückt ist.<sup>167</sup>

Das Fehlen einer Stadthalle wurde bereits vor dem ersten Weltkrieg von den Magdeburgern schmerzlich empfunden. Wiederholt hatten die städtischen Körperschaften und die Öffentlichkeit deren Bau erörtert. Finanzielle Probleme, vor allem jedoch der in der Innenstadt nicht vorhandene Baugrund, schoben die Verwirklichung des Projektes immer wieder hinaus.



"Halle Land und Stadt (1922)

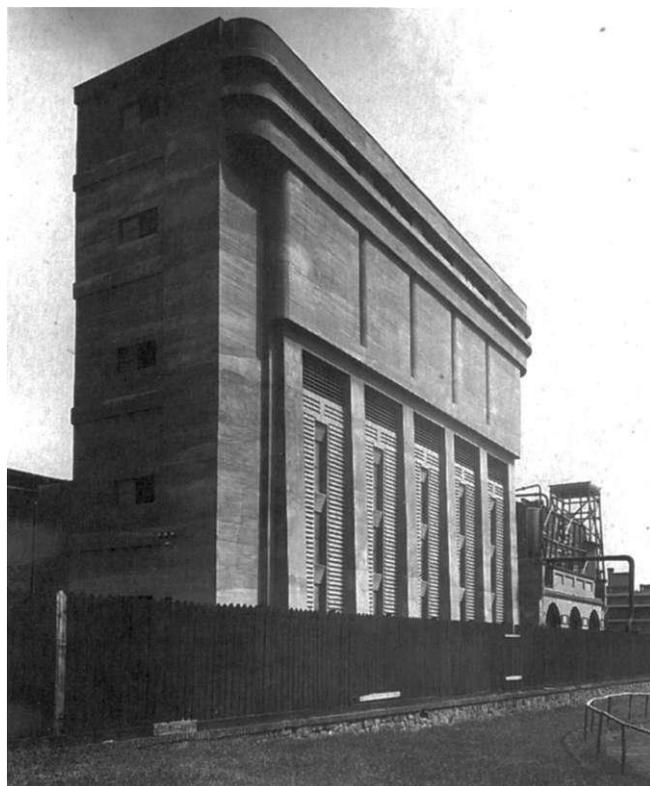
Als nach dem Krieg die Säle in der Stadt an Kinounternehmen vermietet wurden, verlangte die Bürgerschaft immer dringender nach einer generellen Lösung. Der im Jahre 1922 unternommene Versuch, im Zusammenhang mit der Übernahme der Mitteldeutschen Ausstellung eine Stadthalle zu errichten, scheiterte am leeren Stadtsäckel. Erst mit dem einsetzenden wirtschaftlich-finanziellen Konsolidierungsprozeß stellte sich die Frage neu. Im September 1924 berief der Magistrat einen Ausschuß - dem unter anderem Mitarbeiter des Hochbau- und des Stadterweiterungsamtes angehörten -, der Vorschläge über die Gestalt und den Standort der Stadthalle erarbeiten sollte. Der Ausschuß schlug als Baugrund das öst-



*Geschäftiges „Treiben“ vor dem Anbau der Großviehmarkthalle auf dem Schlachthofgelände*

liche Ufer der Stromelbe vor. Da das Gelände der Zitadelle noch nicht zur Verfügung stand, empfahl das Hochbauamt für das Terrain nördlich vom Heinrich-Heine-Platz "den Entwurf für einen Zweckbau herzustellen, der, obwohl in einfacherer und leichter Bauart (als ein ursprünglich avisiertes Prunkbau M.W.) gedacht, trotzdem ein würdiges Aussehen und eine Haltbarkeit von Jahrzehnten haben sollte".<sup>168</sup>

Mit der Umsetzung des Stadthallenprojektes geriet der Magistrat zunehmend in Zugzwang. Kreise der Wirtschaft und des Handels verlangten endlich Taten. So kündigte im Februar 1925 Rechtsanwalt Dr. Zehle im Stadtparlament eine Initiative des Verkehrsvereins an, mit Spenden der Bürger notfalls eine "private Stadthalle" bauen zu wollen.<sup>169</sup> In dieser Situation kam den Stadtvätern der Vorschlag zur Ausrichtung der Deutschen Theaterausstellung sehr gelegen. Die dazu notwendigen Neubauten schlossen die Stadthalle ein. Am 21. September 1926 war für das von Gödelitz projektierte Bauwerk Grundsteinlegung. Um die Stadthalle bis zum Ausstellungsbeginn fertigstellen zu können, wurde der ursprüngliche Entwurf auf den Saal - Gödelitz nannte ihn die Elbehalle - reduziert. In Tag- und Nachtschichten - zwischen 100 und 500 Arbeiter und Handwerker wurden auf der Baustelle beschäftigt - konnte die Halle in neun Monaten errichtet werden. Am 28. Mai 1927 wurde sie eingeweiht. Einen von Ilse Molzahn verfaßten Weihespruch trug der Schauspieler Lothar. Bührung vor. Ansprachen von Oberbürgermeister Beims und Stadtbaurat Göderitz sowie die Egmont-Ouvertüre vervollständigten das Protokoll.<sup>170</sup> Ein Jahr später erhielt die Stadthalle eine teilweise



*Der Kohlenbunker auf dem Schlachthofgelände*